

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Otto Karsten, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panig, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1704, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungstitel 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: vom 1. bis 15. September 1,00 Mark, Abholer 0,80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 20 Pfennig, auswärtig 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 30 Millimeter breite Reklamazeile örtlich 100 Pfennig, auswärtig 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverordnungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 212.

Magdeburg, Mittwoch den 10. September 1924.

35. Jahrgang.

Zeuge Tirpitz.

Was ist Wahrheit?

Die Regierung **Mary-Stresemann** hat kurz nach der Annahme der **Daves-Gesetze** durch den Reichstag eine Erklärung veröffentlicht, in der sie vor aller Welt feierlich verkündete, sie werde „Anlaß“ nehmen, eine

Erklärung in der Kriegsschuldfrage

den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen“. Was den fremden Regierungen notifiziert werden sollte, war aus jener Erklärung zu entnehmen, deren entscheidende Stellen besagen:

Die Reichsregierung kann und will aber diesen bedeutsamen Augenblick, in dem sie in Durchführung des **Verfallers Vertrages** schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der **Kriegsschuldfrage**, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unambiguos ihren Standpunkt darzulegen. Die uns durch den **Verfallers Vertrag** unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriffsentfesselung habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Es ist im diplomatischen Verkehr üblich, eine Mitteilung an eine fremde Regierung nicht früher zu veröffentlichen, als bis sie in die Hände des Adressaten gelangt ist. Diesmal hat die deutsche Regierung ihre Absicht, eine Note in einer bestimmten Frage und in einer bestimmten Form abzugeben, in alle Welt hinaustrumpet. Reichskanzler **Mary** hielt es sogar für notwendig, der eigentlichen Note erst noch

Privatbriefe an Macdonald und Herriot,

die Ministerpräsidenten von England und Frankreich, voranzuschicken, weil er selbst offenbar das Gefühl hatte, mit der Aufrollung der Kriegsschuldfrage eine Riesendummheit zu begehen. Die deutsche Regierung glaubt sich aber zu diesem Schritte gezwungen, weil ihn **Stresemann** den Deutschnationalen versprochen, um sie für die **Daves-Gesetze** zu gewinnen.

Es hat nun ganz den Anschein, als ob **Stresemann** bei seinen Verhandlungen mit den Deutschnationalen vergessen hat, daß er nicht nur Parteiführer, sondern auch noch Außenminister ist. Als Außenminister mußte **Stresemann** sich darüber klar sein, welches

praktische politische Ziel

er zu erreichen glaubt, wenn die Kriegsschuldfrage aufgeworfen wird bzw. die deutsche Regierung erklärt, daß die Unterschrift unter einem Teile des **Verfallers Vertrages** zurückgezogen wird.

Falsch, in jeder Hinsicht falsch ist es, zu behaupten, im **Verfallers Vertrag** habe Deutschland seine alleinige Kriegsschuld anerkannt. Der vielgenannte und doch so wenig gefannte

Artikel 231 besagt:

Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.

Der Artikel bekommt seine Bedeutung durch die Art, wie er ausgelegt wird. Hier beginnt der Fehler, der von Anfang an durch die „nationale“ Opposition begangen wurde. Sie machte sich die Auslegung der **Nationalisten** Frankreichs und Englands zu eigen, lediglich, um sich selbst eine günstige innerpolitische Stellung gegenüber der Regierung und den Parteien zu verschaffen, die scheinbar die Verantwortung für den **Verfallers Vertrag** zu tragen haben. Die **Nationalisten** Deutschlands und der Entente sind sich darüber einig, im **Verfallers Vertrag** habe die deutsche Regierung zugegeben, den Weltkrieg planmäßig herbeigeführt und bewußt gewollt zu haben, während die Entente und ihre Staatsmänner ganz und gar unschuldig seien. Reichskanzler **Bauer** hat seinerzeit in der **Nationalversammlung** in Weimar erklärt, daß Deutschland

nur unter dem Druck der feindlichen Heere

den **Verfallers Vertrag** samt dem Artikel 231 unterschreibe. Nur böswillige und interessierte Politiker können behaupten, Deutschland habe seine alleinige „Schuld am Weltkrieg“ anerkannt.

Eine von politischem Instinkt und echtem Nationalgefühl geleitete Propaganda gegen den Artikel 231 des **Verfallers Vertrages** hätte die Tatsache des deutschen Protestes gegen ihn immer wieder hervorgehoben und den Protest begründet mit den tatsächlichen Ergebnissen der historischen Forschung. Das Ziel jeder deutschen Propaganda mußte sein, die Auslegungsmöglichkeiten des Artikels 231 mehr und mehr einzunengen und schließlich die Unmöglichkeit dieses Artikels dem Weltbewußtsein einzuhaunern.

Was tat die deutsche Kriegsschuldpropaganda? Sie machte zunächst aus dem Artikel 231 einen Popanz, behauptete, daß auf ihm der ganze **Verfallers Vertrag** aufgebaut sei und daß mit dem Falle dieses Artikels der ganze Bau des Vertrages zusammenbräche. In den Massen der deutschnationalen Gläubigen wird die Auffassung hervorgerufen, die

gesamten Folgen des verlorenen Krieges

würden mit dem Artikel 231 aufgehoben sein.

Die deutschnationalen Drahtzieher, die für die Politik Deutschlands vor und während des Krieges Verantwortlichen wollen aber mit ihrer Kriegsschuldpropaganda in Wirklichkeit nicht ein außenpolitisches, sondern

ein innenpolitisches Ziel

erreichen. Sie verschreien jeden als „nicht national gesinnt“, der ihre These von der absoluten Unschuld der tatsächlichen und scheinbaren Machthaber Deutschlands nicht vertritt. Der Ententepropaganda von der **Alleinschuld** Deutschlands setzen sie ihre These von der **Alleinschuld** der Entente entgegen. Die gleichen Leute, die vor 1914 den Krieg herbeisehnten, die nicht laut genug ihren Willen zum Kriege hinausschreien konnten und während des Krieges einer rechtzeitigen Beendigung sich mit allen Mitteln widersetzen — die gebärden sich heute, als seien sie

die lautersten Pazifisten gewesen,

die nicht einmal im Traum an die Gewalt der Waffen glaubten.

Welches Ziel aber verfolgt **Stresemann**? Welche These will er verfechten? Wie denkt er sich den Fortgang der Aktion, die er den Deutschnationalen versprochen hat? Will er verlangen, daß Belgien, Frankreich und England feierlich verkünden, daß nicht Deutschland, sondern die Entente den Krieg planmäßig herbeigeführt haben? Will er, daß **Herriot** und **Macdonald** und **Theunis** anerkennen, daß die These, die in den deutschnationalen und völkischen Zeitungen verfochten wird, richtig ist? Oder will er, wie es sich offenbar Reichskanzler **Mary** vorstellt, daß die fremden Regierungen die deutsche Erklärung einfach zu den Akten nehmen? Oder will er, daß der Artikel 231 neu formuliert wird?

Wir wissen nicht, was **Stresemann** beabsichtigt — offenbar weiß er es selbst nicht.

Es ist fraglich, ob sich das Studium der Akten in der Absicht, den oder die Schuldigen festzustellen, wie ein Gericht es tut, einen Sinn hat. Fraglich, sehr fraglich, ob es Sinn hat, die Frage lösen zu wollen, ob die verantwortlichen Staatsmänner den Krieg gewollt haben oder „hineingeschlittert“ sind, ob juristisch gesehen, die Frage nach „Mord“ oder „Totschlag“, nach Angriff oder Mordher, überhaupt gestellt werden kann.

Nicht die Politiker, nicht die Juristen, einzig und allein die Geschichte kann ein Urteil fällen.

Die deutsche Regierung aber glaubte der deutschnationalen Parteipropaganda in der Kriegsschuldfrage nachgeben zu müssen. Wir wollen an einem Beispiel zeigen, wie kurzfristig sie gehandelt hat, als sie diesen Brocken den in fast allen Ländern zurückgedrängten Nationalisten, den wirklich Schuldigen, hingeworfen hat. Großadmiral **Tirpitz**, der Reichskanzlerkandidat der Deutschnationalen, hat in seinen Erinnerungen über die Kriegsschuldfrage in einer Weise geschrieben, die es der nationalpolitischen Entente preisend leicht macht, zunächst die Behauptungen des Artikels 231 voll aufrechtzuerhalten und darüber hinaus ihre These von dem „Ueberfall“ Deutschlands zu vertreten.

Unfähigkeit, bodenlose Dummheit, Ungeschicklichkeit, Planlosigkeit der deutschen Politik — das ist es, was **Tirpitz** anführt, um das Verhalten der deutschen Regierung in den kritischen Tagen des Juli 1914 begrifflich zu machen. Wenn Deutschland dem Großadmiral **Tirpitz** folgen will, dann muß es sagen, die Schuld am Kriege haben die Staatsmänner der Entente, die Deutschlands Regierung und Diplomatie von 1914

nicht für so dumm hielten,

als sie es in Wirklichkeit waren. Wie soll die deutsche Regierung es fersaigbringen, diese Ueberzeugung in Belgien, in Frankreich, in Amerika und in Italien zum Gemeingut zu machen!

Dummheit der deutschen Staatsmänner von 1914 als Kriegsursache! Wer wird in aller Welt das uns glauben!

Tirpitz über die Kriegsschuld.

Die nachstehenden Zitate sind den umfangreichen „Erinnerungen“ des Großadmirals **Alfred von Tirpitz** entnommen. Schon ein flüchtiger Ueberblick zeigt, wie schwer es sein wird, die von der Ententepropaganda verfochtene These an der Kriegsschuld Deutschlands zu widerlegen. **Tirpitz** selbst liefert in seinen Erinnerungen den Nationalisten der Entente das denkbar beste Material für ihre Propaganda.

Nach den Erfahrungen des Weltkrieges könnte die Frage aufgeworfen werden, ob das Deutsche Reich sich nicht rechtzeitig mit den Nachbarn und Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie über ihre Aufteilung hätte verhandigen sollen. (Seite 210.)

Bei der Erörterung der Schuldfrage begeht man in Deutschland leicht einen zweifachen Fehler. Einmal konstruiert man politische Verhältnisse gern allzu logisch. Aus einer Fülle einzelner Anzeichen versuchen manche zu beweisen, daß bei dem bösen Willen der Feinde der Weltkrieg überhaupt nicht vermieden werden konnte. Diese Anschauung halte ich für irrig. An dem bösen Willen Englands, Frankreichs und vieler Russen, unser Reich zu zerstückeln, kann zwar ein Zweifel nicht bestehen. Um so mehr aber mußten wir uns hüten, ihm eine Gelegenheit zur Betätigung zu bieten. Wie ich schon 1904 zum Ausdruck gebracht habe, war jede Gelegenheit, durch welche wir den Feinden Kriegsvorwände boten, peinlich zu vermeiden, weil wir England damals im Kriege nicht beikommen und somit unsern bereits gewaltigen Außenhandel nicht retten konnten. Die Abschmürung dieser Lebensdauer ist ja auch im Jahre 1918 ein wesentlicher Grund für den Verlust des Krieges gewesen; vor allem konnten wir auch durch einen Sieg über Frankreich nicht unsern Handel und unser Dasein schütten. Solange dies so stand, war es ein Wahnsinn, den Feinden Vorwände zum Kriege zu liefern. (Seite 221.)

Das politische Augenmaß dieser Männer erregt Staunen. Am 20. Juli erklärte Staatssekretär v. Jagow einem Vertreter des Admiralskabs, England würde, wenn es zum Kriege des Dreiebundes gegen den Zweibund käme, voraussichtlich nicht mitmachen. Er, Jagow, hätte aber einen Gedanken, wie man die Neigung der Engländer zur Neutralität vielleicht noch stärken könnte, nämlich, indem wir den Engländern drohten, sofort Holland zu besetzen, falls sich England gegen uns erkläre. Natürlich wäre das Ganze nur ein Bluff. Am folgenden Tage sagte der Admiral nach Rücksprache im Reichsmarineamt zu Jagow, sein „Bluff“ wäre wohl das sicherste Mittel, um England zum Kriege gegen uns zu zwingen. Der Abgang Bismarckscher Autorität, der für die Offiziere meines Amtes noch über der Willkürstraße gelegen hatte, verbrauchte sich rasch, und man melbete mir den Vorfall mit dem Zusatz: „Man kann sich nur erneut fragen: Wie ist es möglich, daß einer solchen Persönlichkeit die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut wird?“ Jagow war gerade wegen seines vorsichtigen Naturells, das ihn jeden Entschluß erschwerter, von Bethmann an die Spitze des Auswärtigen Amtes gesetzt worden. Er wäre der letzte gewesen, Holland zu besetzen, was ja übrigens jedem deutschen Interesse zuwider gelaufen wäre. Aber gerade so naiv, wie er ein paar Monate früher dem französischen Boten einen Appetit auf belgische Kolonien vorpiegelte, den Deutschland im Besitz seiner eignen, noch wenig erschlossenen afrikanischen Reiche in Wirklichkeit nicht besaß, so glaubte er auch jetzt auf England durch eine „starke“ Geste Eindruck machen zu können. (Seite 224.)

Das schwerste psychologische Rätsel gibt die deutsche Politik in dem Augenblick auf, da die ferbische Antwort bekannt wurde. Serbien nahm am 25. Juli die Forderungen des österreichischen Ultimatum in der Hauptsache an und erklärte sich bereit, über den Rest zu verhandeln. Inwiefern England, Rußland, Frankreich und Italien durch einen in Belgien ausgeübten Druck Oesterreich zu einem gewissen diplomatischen Erfolg verholfen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls ist nicht zu leugnen, daß die ferbische Antwort ein unvermutetes Entgegenkommen bewies, und ich glaube nicht, daß die österreichische Regierung ein richtiges Augenmaß besaß, als sie diese Antwort als Grundlage weiterer Verhandlungen für unannehmbar erklärte. Aber Bethmann-Hollweg und Graf Berchtold erkannten die Greifbarkeit des schon erreichten diplomatischen Erfolgs. Da die österreichische Ehre gerettet war und auch Bethmann-Hollweg einen empfindlichen Schaden

zu verhindern beabsichtigt war, so konnte wahrscheinlich am 25. Juli die Kriegsgeschichte abgewendet erscheinen, wenn Oesterreich seinen Erfolg einstrich. Es konnte etwa den Serben eine kurze Frist zur sofortigen Erfüllung der hierzu geeigneten Zugeständnisse stellen als Bedingung für Unterhandlungen über die zeitlichen Forderungen. Wenn dann auch für die Restforderungen die internationale Aufsicht eingetreten wäre, so vermindert das den hohen Wert nicht, welche die mit Zustimmung Englands vollzogene Demütigung Serbiens für Oesterreich befaß.

Die Dinge sind anders verlaufen. Das Generevorder war den falschen Weg gelegt, und das Schiff drehte in der einmal aufgenommenen Richtung weiter. Bethmann und Berchtold sahen die Inponderabilität nicht klar, die sich ergab, wenn sie diese serbische Antwort zum Grund eines Truppenmarsches machten. Obgleich dieselbe die Möglichkeit bot, weiter zu verhandeln, ging man darüber hinweg und beachtete nicht, wie gefährlich man die Petersburger Kriegspartei stärkte. Das Vertrauen auf die Friedlichkeit der Entente, insbesondere Englands, erzeugte bei den Staatsmännern der Mittelmächte die Hoffnung auf Lokalisierung des serbischen Streites und führte in Wien zu einer Uebersteigerung des Tonus gegen Serbien. Im Oesterreichs Unterhohlung durch die Serben gründlich zu verhindern, stürzte man sich in eine weit größere Gefahr und sprang, wie man gesagt hat, aus Furcht vor dem Regen ins Wasser. (Seite 214 und 215.)

Bald hörte ich zuverlässig, daß zwischen der Reichskanzlei und der Reaktionsstufe gewisser Zeitungen Einverständnis darüber erzielt wäre, man sehe mir schon von weitem das Bewußtsein an, der Schuldfrage an diesem Kriege zu sein. (Seite 247.)

Rückzug der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung scheint einzusehen, in welche unhaltbare Lage sie sich durch das Eingehen auf die deutsch-nationale Forderung gebracht hat. England, Frankreich, Belgien und Italien haben wissen lassen, daß die Ueberwindung der angeführten deutschen Kriegsschuldnote nicht ohne Folgen bleiben werde. Das Wolff-Bureau verbreitet nun folgende Meldung:

In der Kundgebung vom 29. August d. J. ist angekündigt worden, daß die Reichsregierung Anlaß nehmen werde, die Erklärung in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Da es sowohl aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignet erscheinende Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit sind an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen, hinsichtlich Form und Zeit der Uebermittlung herangekommen worden. Das Reichskabinett wird Anfang der nächsten Woche nach Rücksicht des Reichskanzlers und des Außenministers zu einer Sitzung zusammenzutreten, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.

Wir empfehlen das Studium der Tirpitz-Erinnerungen, damit nicht noch einmal gesagt werden kann, wegen der Dummheit einer deutschen Regierung sei Unheil über Europa gekommen. -

Das Ergebnis von Genf.

Die Solidarität und die Sicherheit der Völker soll gesündere Grundlagen bekommen als bisher. Das ist der Sinn der Entschlüsse, auf welche Macdonald und Herriot sämtliche im Völkerbund vertretenen Mächte einigen konnten. Das ist das Ergebnis von Genf. Es ist nur ein sehr kleiner Schritt auf dem Wege zum wahren Völkerbund, der kriegerische Lösungen von Streitfragen durch schiedsgerichtliche ersetzt, die Gewalt durch das Recht.

Ueber den der Entschlüsse zu unterlegenden Sinn herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Die Kommissionen sollen klären und werden die Gegensätze zu überbrücken versuchen. Herriot und Macdonald aber konnten am Sonnabend in der Ueberzeugung abreisen, daß sie ihrer Friedenspolitik doch ein gut Stück näher gekommen sind.

Kleines Feuilleton. Fränkische Mahnmäler.

Die Münchner haben diesen neuen Typus geschaffen: ein Mahnmäler als ein Denkmal, das aufreizen soll zur Rache, zur Vergeltung. Die Franzosen kannten ihn längst, wenn sie an der Statue der Stadt Straßburg auf dem Konstantinplatz in Paris ihre Trauerkränze niederlegten von 1871 an bis 1918; freilich haben sie ein Denkmal, das unprägnant anders gemeint war, erst nachträglich diesen besonderen Sinn untergelegt. Auf einer kleinen fränkischen Reise, die ich neulich unternommen, ist mir das Pariser Beispiel in den Sinn gekommen, und ich habe mich gefragt, ob man nicht auch Denkmal auf diesem historisch so besonders ausgezeichneten Boden nachträglich als „Mahnmäler“ denken könnte, unbestimmt nur den Sinn, den man ihnen bei ihrer Errichtung untergelegt hat — unfreiwillige Mahnmäler sozusagen.

Münchberg ist der Mittelpunkt der „Schönbornischen Gegend“. Ein interessantes Geschlecht sind die Schönborns zweifellos, die noch heute mit dem Titel „Erbschaft“ als ehemals reichsmittelbare Grafen auf einem fürstlichen Schloß im Steigerwald residieren, in Kommersteden. Der fränkische, vielstimmige und technisch gewaltigen benücherten Baronatsbesitzer, Volksherr Hermann, haben sie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts für sich, für die Unsterblichkeit ihres Namens, schaffen lassen. Die Schönborns haben er für zwei Wächter aus dem Hause Schönborn, für Johann Philipp Franz und Friedrich Karl, gebaut. Diese Schöpfung allein würde genügen, um den Namen des Geschlechts in der Kunstgeschichte weiterleben zu lassen. Aber über diesen gewaltigen Schloß hinaus, der heute noch, von Wiedermeyer umgeben fast beinahe vollständig und selbst verfallend, von allen deutschen Schloßherren sich am meisten dem Vorbilde Versailles nähert und den prächtigsten Schmuck des 18. Jahrhunderts in Oberbayern tragend bezeugt, sind die Paläste von Bernau, Kommersteden, Brudal und Brühl und die schon alle fränkischen Ballhäuser, Biergasthäuser, Erinnerungen an die Schönborns.

In Denkmalern ist die Geschichte dieses Geschlechts reich. Aber die Reihe zu ihren künstlerischen Schöpfungen soll nicht auf bürgerlicher Repräsentation beschränkt sein. Die Anwesenheit, die die begabteren Köpfe des Hauses, das im 17. Jahrhundert noch bezüglich unbedeutend war, getrieben den Ueberlieferungen des 18. beizubringen, hat auch die mittelalterlichen Emporen, und dem Dürer Kaiser Franz, Kurfürsten von Mainz, war es von Wien aus, wo er am Kaiserhofe die Stellung des Reichskanzlers bekleidete, ein Leinwand, die Reflexe auf die antwortlichen Rücksicht

Vorläufig scheint es leider, daß das Werk der Völker- versöhnung ohne Teilnahme Deutschlands eine Lösung erfahren soll. Es scheint so, obwohl insbesondere der englische Ministerpräsident der Reichsregierung die Hand zum Eintritt geboten hat, ohne daß unsre Minister auf diese doppelte Aufforderung bisher etwas zu erwidern suchten. Vor allem hat offenbar Stresemann wenig Neigung, sich seine Urlaubsfreunden in Nordsee von Genf aus stören zu lassen. Bleibt er bei dieser Auffassung, dann wird Deutschland auch in diesem Jahre noch nicht in den Völkerbund aufgenommen werden; denn es ist ausgeschlossen, daß die Alliierten selbst einen Antrag auf den Eintritt des Deutschen Reichs in den Völkerbund stellen.

Warum zögert die deutsche Regierung, den Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stellen? Warum faßt sie im Gegenteil ein Kriegsschuldenlügenfeuer an, das so viel außenpolitische Verwirrung anrichtet und die seinen Fäden der Verständigung gefährdet? Es sind die elenden Verbeugungen vor den Deutschnationalen, ganz gleich, was außenpolitisch daraus entsteht. Das Volk fordert aber von seiner Regierung, daß sie dem Ergebnis der Völkerbundstagung Rechnung trägt und vor allen Dingen die Kriegsschuldnote nicht an die Mächte, sondern in den Papierkorb wandern läßt. —

Generaldebatte zum Geschäftsbericht.

Der Völkerbund begann am Montag mit der Generaldebatte zum Geschäftsbericht. Als erster spricht der Berichterstatter Ador (Schweiz). Er befürwortet die halbjährliche Errichtung eines neuen Versammlungsgeländes für den Völkerbund. Im Namen der schweizerischen Delegation erklärt er, daß sie nicht direkt an der Abklärung interessiert sei und insoweit im Verlauf der letzten Tage an der Debatte nicht teilgenommen habe.

Nun folgt der schwedische Außenminister Baron Marks, der zur Förderung des internationalen Rechtes bestimmte Vorschläge machte.

Der südafrikanische Delegierte Gomeier beschränkte sich auf allgemeine Wünsche. Die Beratung des vorgesehene Südafrika-Vertrichts wurde einer Kommission überwiesen, so daß der afrikanische Vertreter zu den Fragen, die sein Land betreffen, vor dem Völkerbund selbst nicht Stellung nehmen konnte.

Der litauische Vertreter Galanaukas erklärte, daß Litauen von der Entscheidung des Schiedsgerichtshofs über Mangel nicht bedrückt sei. Die Wilna-Frage bezeichnete er als die schwerste Wolke, die über Europa hänge.

Die nächste Vollsitzung findet am Dienstag vormittag statt. —

Die Abrüstungsdebatte in der Kommission.

Am Montag wurde mit der Beratung der Abrüstungsdebatte in der Kommission begonnen. Einleitend bemerkte Lord Parmoor zur Festsetzung der Tagesordnung, daß durch die gemeinsame Resolution von Herriot und Macdonald und durch die Beschlüsse der Völkerbundversammlung die Aufgabe der Kommission ganz klar vorgezeichnet sei. Die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit zur Regelung aller internationalen Streitigkeiten müsse auf das genaueste nachgeprüft werden. Dann mußten auch die beiden Fragen der Sicherheit und der Abrüstung geprüft werden, ob nicht auch für sie die Möglichkeit einer Lösung durch das Schiedsgericht gefunden werden könne.

Politis (Griechenland), der als Wortführer der Kleinen Entente sprach, forderte demgegenüber eine allgemeine Diskussion des gesamten Fragenkomplexes der Abrüstung.

Honcour (Frankreich) unterstützte diesen Standpunkt, ebenso Schanger (Italien), der eine allgemeine gründliche Diskussion gleichfalls für unerlässlich hält. In einer größeren Rede ging Schanger zunächst auf die Entstehungsgeschichte des Garantiepakts ein und erklärte nochmals den in der italienischen Antwortnote auf den Garantiepakt dargelegten Standpunkt. Außer der Zurückweisung der befürworteten Garantieverträge hat auch die italienische Regierung erklärt, daß die Bestimmung des Angreifers unzureichend sei und daß die allgemeinen Garantien erweitert werden müßten. Das Sicherheitsproblem muß unbedingt auf dem Boden des Völkerbunds gelöst werden. Die italienische Regierung verwirft unbedingt jedes Sonderabkommen, da es nur schädliche Wirkungen auf die Ab-

stärkungsverpflichtung der anderen Staaten haben würde. Italien wird nur einem allgemeinen internationalen Garantiepakte seine Zustimmung geben.

Am Dienstag vormittag soll die Debatte zur Verwirklichung dessen, was Herriot und Macdonald und alle, die der gemeinsamen Erklärung zugestimmt haben, für gegenwärtig durchführbar halten, fortgesetzt werden. —

Schulfragen in Preußen.

Der Hauptausschuß des Landtags beriet am Dienstag den Haushalt des Kultusministeriums; sein erste Aufgabe! Denn das Glend der Zeit spiegelt sich in diesem Voranschlag sehr deutlich. Scheinbar ist er um 82 Millionen gegenüber dem Haushalt von 1918 gemachsen. Aber die Zunahme zeigt keine größere Kulturfreudigkeit des preussischen Staates; sie erklärt sich zum größten Teil daraus, daß die Ausgaben für die Volksschulen jetzt mehr wie früher vom Staat statt von den Gemeinden getragen werden.

Wirklich mehr belastet ist der Staat nur durch circa 17 Millionen Mehrausgaben für die beiden christlichen Kirchen; diese Ausgaben sind gegen 1914 beinahe verdoppelt, und es ist ein kleines Kuriosum, daß man die kleine Summe von 600 000 Mark für die jüdischen Gemeinden einfach gestrichen hat. Wir hören, daß das Finanzministerium diese kleinliche Mädelpolitik gegen unsre jüdischen Mitbürger, die doch alle für die christlichen Kirchen mitgaben, gegen den Willen des Ministeriums Wolkli durchgeführt hat.

So kommt es, daß jetzt 2,35 Prozent der gesamten preussischen Staatsausgaben den Kirchen zugute kommen, dagegen nur 1,6 Prozent der Wissenschaft und gar nur 0,19 Prozent der Kunst.

Wahrlich, eine moderne Verteilung der Ausgaben! Die Besprechungen begannen mit einem sehr scharf betonten Angriff des Zentrums gegen das Ministerium; Lauscher, der rheinische Zentrumsführer, forderte konfessionelle höhere Schulen, konfessionelle Lehrerbildung (das bedeutet aber, die Bildung der Lehrer an den Universitäten stattfinden konfessionelle Univesitäten) und die völlig unterchiedslose Unterstützung der konfessionellen Privatschulen. Natürlich unterstützten die Redner der Rechten; die Volksparteiler wehrten sich schwach die übertriebene Forderung ab und erst der Sozialdemokrat König sprach es klar und deutlich aus, daß von einem Mißfall in die konfessionelle Zersplitterung keine Rede sein könnte.

Seine Rede wirkte erfrischend, als er auch die ewig wiederholten nationalitätlichen Redensarten, wie sie vom Abgeordneten Delze (Dt.-natl. Vp.) nach bewährtem Mißbrauch vorgebracht wurden mit dem freudigen Bekenntnis zur Zusammenarbeit der Völker beantwortete.

Der Minister Wolkli verteidigte seine Schulreform, indem die beim Kapitel „Höhere Schulen“ noch viel Gründliches gesagt werden muß. Er war im allgemeinen verbindlich und fehm gegenüber Königs Angriffen auf die vielen unwürdigen Besatzungszeiten in unsern Schulen mit Recht darauf hinweise, daß sein Ertrag eine würdige Feier gefordert hatte und daß der Geist der Lehrerschaft selbst schuld an den mannigfachen Mißbräuchen sei.

Weglich der staatsfeindlichen Schülervereine zog sich ganz hinter die Autorität der Eltern zurück. Er will an Bervolk und ähnliche Vereine durchaus freilassen, obgleich die staatsgefährliche Richtung und ihre Erziehung der Jugend zu Gewalttätigkeit erwiesen ist.

Im übrigen kämpfen unsre Genossen noch immer für die endliche Durchführung der vierjährigen Grundschul und beim Kapitel Volksschulen wird dazu noch manch kräftige Wortlein zu sagen sein. —

Mißbilligung des Reinert-Vertrags.

Der Magistrat der Stadt Hannover genehmigt den zwischen Oberbürgermeister Reinert und dem Bürgerbörgerliche Kollegium abgeschlossenen Pensionsvertrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Oberbürgermeister Reinert trat nach dem Vertrag von seinem Posten zurück unter der Bedingung, daß ihm sein volles Gehalt als Pension gezahlt wird.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Hannovers hat am 6. September zu den Vorgängen im Rathaus über den Abgang des Oberbürgermeisters Reinert in eingehender Beratung Stellung genommen. Der Vorstand beurteilte, daß Reinert nicht die Parteinstanzen von seinen Absichten in Kenntnis gesetzt hatte, und spricht ihm wegen dieser Handlung und wegen des Inhalts seines mit dem „Ordnungsblock“ abgeschlossenen Vertrags die schärfste Mißbilligung aus. —

füße zu befördern. So kam es, daß gleichzeitig Mainz, Würzburg, Bamberg, Speyer, Worms, Trier und Konstantz in schönbornischen Besitz kamen. Es waren kleinliche, bornierte, despotische, schmutzig geistige Naturen unter ihnen — aber der Name Schönborn trug sie empor, machte sie reich und berühmte, und der künstlerische Geist des Barockzeitalters gab ihnen die Möglichkeit, Bauherren großer Stiles zu werden. Die territorialmächtig der geistlichen Fürsten, die sich, wie man es auf der Würzburger Mainbrücke sieht, im Hochsommer mit dem friedlichen Krummstab in der einen und dem kriegerischen Schwert in der andern Hand abhüllen ließen, war erlöset, da amtierte ein Graf Erwin von Schönborn als bayerischer Staatsminister. Und König Ludwig I., in künstlerischer Beziehung ein großer Antischönborn — er hat wie ein Verfechter gegen das Barock getüftelt — war so anmerksam, auf Schönbornischem Boden, auf einer freien Anhöhe hinter Schloß Saubach, die weithin die Gegend beherrschte, die „Konstitutions Säule“ aufzurichten.

Der Name dieses Denkmals, einer freien Nachbildung der Vendôme-Säule in Paris, ist recht unpopulär. Man sagte nicht „Verfassungssäule“ — das hätte der gemeine Mann zu leicht verstanden, sondern lateinisch „Konstitutions Säule“. Was können sich die Leute darunter vorstellen? Ein Bauerlein fragte mich, als ich zurückkam, ob es hier zur „Konstitutions Säule“ ginge? Ganz oben, in einer Höhe von über 20 Metern, lieft man, wenn man sich die Höhe macht, im großen Bogen die Säule zu umschreiten, eine erklärende Inschrift. Aber von den ehernen Buchstaben hat die kritische Zeit manche herausgehoben, und das Bayern von heute hat gewiß kein Interesse daran, sie zu ergähen. Da steht nämlich etwas von „Ray Joseph als Begründer“ und von „Ludwig als Erhalter“ der Verfassung. Ray Joseph von Frankreichs Graubund König geworden und der Anstoß zur „Begründung“ der Verfassung, einer Scheinverfassung, die gleichwohl im Reichsständischen Deutschland etwas Verborgenes vorstellte, wird erst von jenseits des Rheins gekommen sein. Dem „Erhalter“ aber war es mit seiner Verfassungsfreundlichkeit so ergriffen, daß er seinen Sohn Otto davor warnte, den Griechen etwas Darriges zuzugesehen. Ist diese Konstitutions Säule von Saubach etwas anderes als ein Mahnmäler, eine Warnung vor den Verweirungen der Willekader?

Während der Regierung des „Erhalters der Verfassung“ ist im Schloßpark zu Ansbach, auf damals schon königlich bayerischem Boden, ein anderes Denkmal gesetzt worden, nicht auf weißem Marmor, sondern in der Höhe, sondern im Gebüsch verhehlt, daß die meisten Fremden achlos daran vorbeigehen. Und die Inschrift ist ganz lateinisch abgefaßt. Sie findet sich auf der Vorderseite eines acht-eckigen gnomonischen Obelisks ohne jeden Kunstwert und lautet:

HIC OCCULTUS OCCULTO OCCISUS EST XW DEC: MDCCCXXXIII

Selbst wer sich das verdeutschen kann und liest: „Hier wurde ein Geheimnisvoller auf geheimnisvolle Art umgebracht am 14. Dezember 1833“, wird im dunkeln Tappen ob solcher Häufung des Okkultismus, bis er erfährt, daß damit der auf verbuchter Weise durch seine Stiefmutter vom Thron verdrängte badiische Fürstentum Kaspar Hauser, der Findling von Nürnberg, gemeint ist. Es passierte noch mehr „Okkultes“ damals in der königlich bayerischen Stadt Ansbach. Die Gendarmerie im Dienste des „Erhalters der Verfassung“ nahm die Fährte des Mörderer auf, als der Schnee schon geschmolzen und angeblich nicht mehr zu ermitteln war, und der Kriminalist Feuerbach ließ vor Abschluß seines Gutachtens, das die Identität des in seiner geistigen Entwicklung gehemmten Kaspar Hauser mit dem badiischen Erbintrigen nachweisen sollte, eines plötzlichen und unerklärten Todes. Ein unfreiwilliger Kritiker hat ein Galtenkreuz auf den Obelisten geschmiedet.

Man sieht, es gibt auch in Franken Mahnmäler, weit älter und weit eindrucksvollere als in München. —

Der Dichter als Zuberlehrling. Es sind demnächst 70 Jahre vergangen, seit Gerard de Nerval, der bekannte französische Dichter und feinnervige Uebersetzer des Goetheschen „Faust“, geistiger Annäherung Selbstmord beging. Der Ausbruch des Geisteskrankheit machte sich im Hause des Pariser Verlegers Puloz, des vielgenannten Herausgebers der „Revue des deux mondes“, in einem Zwischenfall bemerkbar, dessen Komit der tragischen Ausgang nicht ahnen ließ. Eines Abends erfuhr Nerval bei Puloz mit einem Manuskript, das er ihm zur Prüfung überreichte. Puloz, der Gäste bei sich hatte, wollte die Prüfung auf den nächsten Tag verschieben, womit aber der Dichter nicht einverstanden war. Er nahm sein Manuskript wieder mit und ging seiner Wege. Kurz darauf hörte man im Hause von im Hof aufgeregten Lärm. Nerval, in der Stube, in der Nerval, auf den Treppen ergoffen sich Wasserbäche, die alles überfluteten drohten. Nerval hatte beim Weggehen ein Wasserbehälter geöffnet, um sich an dem Verleger zu rächen. Da ging er ruhig in den Park des Palais Royal, entledigte sich seiner Kleider und nahm in dem Wasserbecken ein kaltes Bad.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. September 1924.

September.

Allmählich beginnen sich nun die Bäume zu färben. Aber wenn sie in den schönsten, buntesten Farben glühen, dann sinkt auch schon Blatt um Blatt sachte zur Erde. Und doch prangt die Natur noch immer in voller Schönheit; denn die Herbstsonne schenkt ihre noch viel strahlende Glut. Leppig und farbenbunt leuchtet es aus den Bäumen heraus. Dazu fangen jetzt erst noch die grellbunten Herbstblumen zu blühen, und noch duftet die Rose — es sind ja doch noch die Tage der Rosen! In den Anlagen blühen milchweiße Schneebereen an den Bierzsträuchern, und andere Früchte sind den Blüten gefolgt. Was draußen noch blüht, zeigt überwiegend gelbe Blumen, so das Meer zahlloser Gabichtsträucher, die Königsleuzerz und Goldbruten, dazu die Sonnenblumen und Nubbecken in allen Laubenkolonien und um jedes Wahnwärterhäuschen.

Streift man durch Busch und Wiese, so ist man im Umsehen bis über die Knie gespickt mit den Samen des Odermennigs, des Zweigahns oder anderer Gewächse, die mit Widerhaken versehen, auf diesem Wege für ihr „Fortkommen“ sorgen. Auf den Gewässern trifft man hier und da die Erscheinung an, die das Volk mit den Worten „Der See blüht“ bezeichnet. Grünlich, bläulich oder auch anders gefärbt erscheinende Wasserflächen, verursacht durch Myriaden meist winziger Algen, die sich durch Sprossung und Teilung in kurzer Zeit in unvorstellbar großer Anzahl entwickeln, um ebenso rasch zu vergehen und zu versinken.

Mit dem färbenden Laub nimmt der Reiz der Wanderungen zu. Ausgeherrte monotone Nickerwäldungen ohne Unterholz sind für die kommenden Wochen freilich nicht das Rechte. Doch fehlt es bei uns nicht an Laub- und Mischwäldern, die mit ständigem Wechsel von Licht und Farbe andere Bilder und bessere Stimmungen erzeugen, wenn wir auch draußen dem Herbst entgegenwandern. Und immer wieder von neuem müssen wir durch Herbst und Winter hindurch, um einen kurzen Frühling zu erreichen.

Nach dem alten Volksglauben, auch hat der September seine Losstage, auf deren Wetter man daher gut achten muß. Schon der Erste des Monats gilt als Unglückstag; aber wenn er schönes Wetter bringt, bleibt der ganze Monat schön. Auch am 14. September soll man nichts Wichtiges unternehmen, vor allem nicht Heirat, weil es sonst Kreuz über Kreuz in der Ehe gebe. Der wichtigste Vortag für das Naturgedeihen ist der Michaelestag am 29. September. An ihm soll man zunächst die Winterfaat sehen oder doch wenigstens acht Tage vorher und nachher. Dann ist er der beste Tag für die Giechelernte, vor allem aber bestimmt sein Wetter die ganze Witterung des Winters. Regnet es, so folgt nämlich ein milder Winter; scheint aber die Sonne, so gibt es schon frühzeitig viel Eis und Schnee.

Uebershaupt mißt man dem Septemberwetter so manche Bedeutung bei, wie es denn auch heißt: „Septemberregen kommt dem Bauer gelegen“ und: „Nach Septembereggen wird man im Winter vor Kälte zittern!“

Generalangriff auf die Mieterschutzgesetze.

Vom Mieterverein wird uns geschrieben: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Hausbesitzer und mieterfeindlichen politischen Parteien der öffentlichen Körperchaften den bestehenden Mieter- und Wohnungsschutz zu Falle bringen wollen. Die Wohnung soll wieder zu einer Verdienst- oder Erwerbsequelle für die Hausbesitzer werden, wie es in der Vorkriegszeit war. Das bedeutet natürlich einen gemaltigen Umschwung in der gegenwärtigen Wohnungswirtschaft. Es bedeutet das Chaos. Die Regierung und politischen Parteien machen mit der Wohnung die unglaublichsten Experi-

mente. Die Einführung der Goldmiete, die vor nummehr Jahresfrist vom Reichsfinanzminister geplant war, ist ihm damals mißlungen. Der alte Reichstag war mieterfreundlich in seiner Majorität und das Goldmieten-Gesetz hätte seine Billigung nicht gefunden. Daß dann mit Hilfe der Diktatur über die 3. Steuer- und Verordnungsgebung hinweg die Regierung dennoch zum Ziele zu kommen versuchte, drückt dieser Regierung den Stempel auf. Jetzt hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther aber selbst die Wichtigkeit der von der organisierten Mieterschaft vertretenen Grundgedanken anerkannt. Auf eine kleine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Vredt und Genossen, welche den Hausbesitzerstandpunkt vertreten, hat der Reichsfinanzminister folgende schriftliche Erklärung vom 21. Juli d. J. abgegeben:

Nach den mir vorliegenden Mitteilungen und Berichten ist die Miete gegenwärtig wohl in allen Ländern in solcher Höhe festgesetzt, daß dem Hauseigentümer auch nach der Abführung der Mietssteuer zur Deckung der Hauskosten ein Beitrag verbleibt, der im allgemeinen nicht unerheblich höher ist als derjenige, der in der Vorkriegszeit für diese Kosten in Anrechnung gebracht werden konnte; den gegenwärtigen höheren Instandhaltungskosten ist dadurch schon Rechnung getragen; man wird daher annehmen dürfen, daß die gesetzliche Miete in der Regel nicht nur zur Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten ausreicht, sondern auch, falls nicht etwa der bauliche Zustand des Hauses besonders schlecht ist, dem Hauseigentümer die Erzielung einer gewissen Grundrente ermöglicht.

Damit ist offen ausgesprochen, daß jede weitere Mietzinssteigerung zugunsten des Hausbesitzes eine ungerechtfertigte Bereicherung zu Lasten der Mieterschaft bedeuten würde. Dieser Standpunkt des Reichsfinanzministers Dr. Luther verdient mit allem Nachdruck nicht nur den Mietern, sondern auch den Hausbesitzern vorgehalten zu werden.

Die Hausbesitzer-Organisationen denken aber gar nicht daran, es bei der Friedens-Goldmiete bewenden zu lassen. Sie haben ganz andre Pläne und Absichten mit der Mieterschaft vor. Gemeinam mit einer Anzahl Bau- und Terrainpekulanten-Genossenschaften haben sie der Regierung „zur Behebung der Mietschwierigkeiten“ ein Programm vorgelegt, wonach die durchschnittliche Mietshöhe sich nach den Neubaufkosten richten müsse. Das bedeutet, daß die durchschnittliche Miete das Vier- bis Fünffache der Friedensmiete betragen würde.

Einen solchen volkswirtschaftlichen Ansturm kann man den heutigen geschwebenden Körperchaften fast lässig vortragen. Es sind ja schon Stimmen in den Kreisen der 24 Verbände, die obige Ansicht vertreten, laut geworden, die behaupten, man sei zu früh mit seinen Absichten hervorgetreten. Nicht zu früh, sondern zur rechten Zeit, wenn man davon liest, daß überall an der Lockerung und Aufhebung der Mieterschutzgesetze gearbeitet wird. Im Westen des Reiches werden 1- und 2-Zimmer-Wohnungen nicht mehr durch das Wohnungsamt vergeben, sondern die Hauswirte suchen sich ihre zuverläßigsten Interessenten aus. In einer norddeutschen Stadt sind die Läden außerhalb des Reichsmietengesetzes gestellt, mit dem Erfolg, daß wegen der enormen Mietsteigerung eine ganze Anzahl Läden geräumt wurden und leer stehen. In Württemberg sind die Wohnungen über 1000 Mark Friedensmiete auf 100 Prozent gesteigert. Man lege die Ansicht des Reichsfinanzministers Dr. Luther zugrunde, wonach 35 bzw. 38 Prozent nicht nur voll ausreichend sind, sondern dem Hauswirt sogar eine erhebliche Rente abwerfen.

Jedes Prozent mehr als unbedingt nötig, bedeutet eine nutzlose Vergewendung in der verarmten Volkswirtschaft. Anstatt den fehlenden Wohnraum aufzufüllen, d. h. Wohnungsbau auf im großen Maßstabe zu betreiben, muß die Hauszinssteuer herhalten, um die Mieter an die Friedensmiete zu gewöhnen. Gegen diesen Betrug kämpfen die Mietervereine!

Zum 1. Oktober muß trotzdem mit einer neuen Mieterhöhung gerechnet werden wegen Erhöhung der Hauszinssteuer. Die wenigsten Hausbesitzer denken daran, irgendwelche Reparaturen ausführen zu lassen; im Gegenteil, sie reklamieren die Hauszinssteuer oder einen Teil davon noch für sich. Die Kuhlbacher Hausbesitzer haben die Parole ausgegeben, von jedem Mieter die volle Friedensmiete zu verlangen. Und zählt er sie nicht, dann ist der Selbstbetrug anzurechnen, den die Mieter beim Eintritt der freien Wirtschaft nachzahlen sollen. Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, das Reichsmietengesetz zum 31. Dezember 1924 außer Kraft zu setzen. Im bairischen Landtag haben die Reichsparteien einschließlich Nationalsozialisten Anträge in gleicher Richtung gestellt, ganz systematisch und planmäßig arbeiten die Hausbesitzer und ihre politischen Freunde daran, die freie Wohnungswirtschaft zur Einführung zu bringen.

Ein glanzvolles Stück haben sich auch einige Magdeburger Hausbesitzer geleistet. Vor einigen Monaten ist durch die deutsche mieterfeindliche Presse der Zeit einer Eingabe an die Reichsbehörden an die Öffentlichkeit gebracht, in der mitgeteilt wurde, daß 4000 Magdeburger Wohnungssuchende diese Eingabe in einer Versammlung beschlossen hätten. Kein Mensch weiß, wo und wann eine Wählerwanderung von 4000 Menschen in der Wohnungsfrage stattgefunden hat. Eine Propaganda für die freie Mieterschaft soll damit getrieben werden — in Wirklichkeit sieht man daran die Verlogenheit, mit der die Mieterschutzgesetze bekämpft werden.

Zu all diesen Fragen kann die Magdeburger Mieterschaft in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Am 12., 13. und 14. September finden in Magdeburg im „Klosterberggarten“ und „Kongertshaus“ bedeutungsvolle Tagungen der beiden Großorganisationen der Mieter statt mit dem Endziel der endgültigen Verschmelzung zu einer machtvollen Spitzenorganisation. Am Abend des 12. September wird eine öffentliche Mieterschaftssammlung in den Räumen des „Kongertshaus“ Leipziger Straße 82, abgehalten. Führende Männer der deutschen Mieterbewegung werden dort das Wort nehmen. Der Magdeburger Mieterschaft ist zu dem am 12. als auch am 14. September stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen eingeladen. Näheres ist aus den Ankündigungen und Inseraten zu ersehen.

Vertreterversammlung des Konsumvereins.

Der Konsumverein Magdeburg hielt am Montag seine ordentliche Vertreterversammlung ab. Genosse Richter gab den Bericht für das erste Halbjahr 1924. Er wies darauf hin, daß nach § 55 unseres Statuts das Geschäftsjahr am 1. Juli beginnt, und deshalb erstreckt sich der Bericht nur auf ein halbes Jahr. Neben schildert in eindringlichen Worten die Schwierigkeiten, mit denen auch die Genossenschaft zu kämpfen hat. Die Inflationszeit hat die Betriebsmittel entwertet. Unsere Aufgabe sei es, die Geschäftsanteile möglichst schnell aufzufüllen.

Der Gesamtumsatz beträgt für das erste Halbjahr 2546 899,48 Mark und verteilt sich wie folgt: Warengeschäft 1 185 548, Bäckerei 578 502,08, Schlägerei 655 346,87, Manufakturwarenabteilung 102 291,58, Brennmaterialgeschäft 25 211 Mark. Der Bestand der Sparkasse beträgt 324 061,07 Mark.

Ueber die Mitgliederbewegung läßt sich ein abschließendes Urteil nicht fällen; nur so viel sei gesagt, daß die Mitgliederzahl 1 185 548 auf 34 192 gestiegen ist. Neben besprach eingehend den Rechnungsabschluss und erläuterte die einzelnen Rubriken. Genosse Richter geht auf den von der Verwaltung gestellten Antrag auf Aufwertung der früheren Geschäftsanteile ein. Die Aufwertung soll erfolgen: Eingahlungen bis 31. 12. 14 auf 50 Prozent, bis 1915, 16, 17 auf 40 Prozent, bis 1918, 19 auf 30 Prozent, bis 31. 12. 20 auf 10 Prozent, bis 1921, 22, 23 1 Mark. Volle Billionen werden mit 1 Mark gutgebracht.

Die Sparkassenguthaben sollen mit 25 Prozent des eingezahlten Goldmarkbetrages aufgewertet werden. Für die Umrechnung des Betrages gilt der Kurs der Goldmark im Verhältnis zur Papiermark. Ab 1. Januar 1925 wird der gutgebrachte Betrag jährlich mit 5 Prozent verzinst; die Zinsen werden dem Kapital zugeschrieben und steht die Summe ab 1. Januar 1932 und die Summe der aufgewerteten Geschäftsguthaben ab 1. Juli 1928 zur Verfügung des Sparerz und der ausgeschiedenen Mitglieder.

Den Revisionsbericht gab der Genosse Busch. Er sprach ferner zur Beschlusfassung über die Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes sowie über die Verteilung des Reingewinnes. Die Aufwertung der Geschäftsanteile und Spargelder löste eine ausgedehnte Diskussion aus. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit für den Antrag der Verwaltung. Einstimmig wurde der Revisionsbericht genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Der Reingewinn in Höhe von 2260,91 Mark wurde dem Reservefonds zugeführt.

Die Genossen Busch, Traume, Schöke, Krone, Bormann, Käke, Pieschner und Specht wurden in den Aufsichtsrat gewählt.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite)

Blumenzwiebeln

Blumenzwiebeln, Tulpen, Rosen, Narzissen etc. zum Winter, in besserer Qualität, in bester Ausführung. H. D. Lübeck, Hofstraßen 3.

Das Gemeindefind.

Erzählung von Maria von Ebner-Eschenbach.

(11. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Nach kurzer Zeit ließen sich Schritte auf dem Gange hören, die Tür wurde geöffnet, und die Baronin trat ein. Sie ging mühsam auf den Stuhl gestützt, war sehr gebeugt und blinzelte fortwährend. Fast auf den Fersen folgte ihr, tief bekümmert, die spärlische Haare so zerzaust, als hätte er eben in ihnen gewühlt — der Schulmeister. Sein ungeschickt fahriges Benehmen fiel sogar dem schlechten Beobachter Pabel auf.

„Wohin belieben Eure Gnaden sich zu setzen?“ fragte der Alte, schoß dienstfertig umher und rückte die Sessel auseinander, um der Frau Baronin den Heberblick und somit die Wahl zu erleichtern.

„Lassen Sie's gut sein, Schulmeister,“ sagte sie ärgerlich, nahm gerade unter dem Kronleuchter mit dem Rücken gegen die Fenster Platz, legte den Stuhl auf ihren Schoß und gab Pabel Befehl, näher zu treten.

Er gehorchte. Der Lehrer jedoch stellte sich hinter den Sessel der gnädigen Frau, und über ihren Kopf hinweg bedrohte er abwechselnd den Delinquenten mit Blicken des Ingrimmes oder suchte ihn durch Miemen, die tiefste Wehmut ausdrückten, zu erschüttern und zu rühren.

Die Baronin hielt die Hand wie einen Schirm an die Stirn und sprach, ihre rotgeränderten Augen zu Pabel erhebend: „Du bist groß geworden, ein großer Schlingel. Als ich Dich zum letztenmal gesehen habe, warst Du noch ein Kleiner. Wie alt bist Du?“

„Sechzehn Jahre,“ erwiderte er zerstreut. Das eiserne Ding an der dünnen Schnur nahm seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Im Geiste sah er's herunterfallen und die Frau Baronin auf ihren Richtersstuhl zu einem schlaffen Knuchen zusammenpressen.

Diese nahm wieder das Wort: „Schau nicht in die Luft, schau mich an, wenn Du mit mir redest. . . Sechzehn Jahre. . . Vor drei Jahren hast Du mit meine Ritschen gestohlen, heute erwürgst Du mit meinen guten Pfau, der mir, das weiß Gott, lieber war als mancher Mensch.“

Der Lehrer erhob seine flehend gefalteten Hände und gab dem Burischen ein Zeichen, diese Gebärde nachzuahmen. Pabel ließ sich aber nicht dazu herbei.

„Warum hast Du das getan?“ fuhr die Baronin fort. „Antwort!“

Pabel schämte, und der alte Frau schoß das Blut ins Gesicht. Erregten Tones wiederholte sie ihre Frage.

„Frecher Dösel!“ rief sie, griff nach ihrem Stod und gab ihm damit einen Streich auf jede Schulter.

Nun ja, dachte Pabel, wieder Prügel, immer Prügel. . . und er richtete einen stillen Stofhiesler an das eiserne Ding: Wenn du doch herunterfallen, wenn du ihr auf den Kopf fallen möchtest!

Habrecht machte hinter dem Rücken der Baronin ein Kompliment, in dem sich Anerkennung ausdrückte: „Euer Gnaden haben dem Holub Pabel eine spürbare Zurechtweisung gegeben,“ bemerkte er. „Das war gut; eine sehr gute Vorbereitung zum Verhör, das ich jetzt mit Euer Gnaden Erlaubnis vornehmen will.“

Der alte Frau war nach ihrer Gewalttat nicht wohl zu mutte. Sie hatte ihren Zorn auf einmal ausgegeben und lag nun im Bann eines leidigen Gefühls, einer grämlichen, sentimentalen Enttäuschung. „Was ist da zu beröhrern?“ sprach sie; „der schlimme Bub hat mit meinen Pfau erwürgt und will nicht sagen, warum, weil er sonst sagen müßte: aus Bosheit.“

„So ist es! o gewiß!“ bestätigte der Lehrer. „Dem armen Pfau fehlten, als man ihn tot auffand, seine letzten Schwanzfedern, die hat der schlechte Bub ihm gewiß ausgerupft — aus Bosheit.“

„Das ist nun wieder albern, Schulmeister!“ fiel die Baronin ärgerlich ein. „Wenn der Junge — wie schon viele andre dummen Jungen vor ihm — meinem armen Pfau nur Federn ausgerupft hätte, wäre das noch kein Zeichen von Bosheit. Dummheit wäre es gewesen und Dieberei.“

„O wie wahr!“ entgegnete Habrecht, „Dummheit und Dieberei. So ist es und nicht anders, Euer Gnaden.“

„Ist es so? Wer weiß es?“

„Ganz recht, wer. . . außer — Euer Gnaden, die sogleich Nicht in die Sache gebracht haben. Federn ausrupfen? Er, ei, ei! Um Federn war's dem Buben zu tun; dadurch hat er den Pfau gereizt und einen Kampf hervorgerufen, in dem das gute Tier gefallen ist.“

Wie der Rabe Obins an das Ohr des Gottes, neigte sich Habrecht an das Ohr der Baronin und flüsterte: „Nicht ohne an dem Feind Spuren seiner Tapferkeit zu hinterlassen. Gerufen sich zu überzeugen, die Stirn des Buben ist zerhackt und voll Blut.“

„So? Ja — mir scheint so. . .“

„Sprich, Holub Pabel!“ rief der Lehrer, sich wieder aufrichtend, „entschuldige Dich. Um die Federn war's Dir dummem Jungen zu tun, eine böse Absicht hast Du nicht gehabt.“

„Sprich!“ befahl auch die Baronin. „Hat Dich jemand zum Raub der Federn angezettelt? Denn im Grund,“ setzte sie nach kurzer Ueberlegung hinzu, „was solltest Du mit ihnen?“

„Freilich, was? ein solcher Bettler mit Pfauenfedern. . .“

wenden, sprach er mit dumpfer Stimme: „Es hat mich niemand angezettelt; ich hab's aus Bosheit getan.“

Die Baronin stieß ihren Stod heftig gegen den Boden und erhob sich: „Da haben Sie's,“ sprach sie zum Schullehrer, „da hören Sie ihn. . . den geben Sie auf, der ist verloren.“

„Erlarmen sich Euer Gnaden!“ fluchte der Alte. „Glauben ihm nicht. Der unsinnige Tropf läßt sich zum Schelm, der Tropf weiß nicht, was er tut, Euer Gnaden.“

Sie winkte ihm zu schweigen und trat dicht an Pabel heran. Ihre müden Augen maßten den Wilsing mit traurigem Ausdruck. „Und das ist der Bruder meines lieben Kindes,“ sagte sie tief aufseufzend. „So oft das Kind an mich schreibt, und so oft ich es sehe, fragt es: „Wie geht's meinem Pabel? Wann wird mein Pabel zu mir kommen? . . .“ Es weiß, daß ich mit ihm nichts zu tun haben will, ich habe es erklärt und bleibe dabei, aber es fragt doch, das Kind. . .“

Pabel war zusammengefahren, er riß die Augen weit auf, seine Nasenflügel bebten: „Welches Kind?“ — die Wilada? „Wann wird mein Pabel zu mir kommen?“ wiederholte die Baronin erregt und gerührt und mit den Tränen kämpfend. „Wer kann ich Dich zu ihr schicken, Dieb, schlechter Bub, Schlechtester im Dorfe! . . . Kann ich denn?“

„Schicken Sie mich,“ sagte Pabel leise.

Der Lehrer zog die Schultern in die Höhe, schoß die Stirnlade vor und machte ihm die eindringlichsten Zeichen: „Geben Euer Gnaden die Gnade, ich bitte untertänigst, Euer Gnaden! so spricht man.“

Pabel aber zermartete seine verführten Finger, seine Brust hob sich keuchend, mit einem trockenen Schlußgen sprach er noch einmal: „Schicken Sie mich.“

Die Baronin wandte sich dem Lehrer zu. „Es scheint ihm Einbruch zu machen.“

„Es macht ihm einen außerordentlichen Eindruck. Euer Gnaden haben das Rechte getroffen mit diesem weißen Beschluß.“

„Beschluß? Von einem Beschluß ist noch gar nicht die Rede.“

Den Einwand überhörend, fuhr der Lehrer fort: „Das unschuldige Kind wird besser als irgendwer auf sein Gemüt zu wirken verstehen, das Kind. . .“

„Das Kind,“ fiel die Baronin ein, „ist der Stolz und der Liebling des Klosters.“

„Sehen Euer Gnaden! . . . Und was könnte für den verwahten Jungen heißer und ansehnlicher sein als der Anblick seiner wohlgerateten Schwester, als ihr Beispiel, ihre Ermahnungen?“

Heimstätte und Ehefreiheit.

Bernard Shaw, der englische Sozialist, hat kürzlich im „Berliner Tageblatt“ eine Anzahl Artikel über das Eheproblem geschrieben. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß nicht der massive körperliche Ehebruch ein Hauptverursacher sein dürfte, sondern der sentimentale Grund, daß einer der Eheleute, geadert die Ehe auszulösen gewillt sei. Er sagt mit Recht, man mutet keinem Menschen zu, daß er wider Willen eine Ehe eingesehe. Ebensovienig dürfe man einem Menschen zumuten, daß er eine Ehe wider Willen eingesehe. Die Sowjetregierung in Rußland hat denn auch die Ehegesetzgebung so modern gestaltet, daß die Ehe durch die einseitige Erklärung einer der beiden Eheleute aufgelöst werden kann. Man darf annehmen, daß in Rußland, wo es bisher nur eine kirchliche Ehe gab, von diesem neuen Eherecht noch nicht allzuviel Gebrauch gemacht wird, weil im orthodoxen Rußland die Macht der Kirche die Ehe noch fester zusammenhält, als sie nach der Ehegesetzgebung der Sowjetregierung werden müßte. Ich kann aber auch nicht umhin, zu erklären, so schreibt H. Neus im „Volksblatt für Anhalt“, daß dieses einseitige Recht des einzelnen Ehegatten zu einer Vereinfachung der Frau führen zu müssen scheint, solange man nicht für größere wirtschaftliche Freiheit der Frau Sorge trägt. Soll das dadurch geschehen, daß die Frau auch in alle Berufe des Mannes hineingebracht wird, daß sie mit dem Manne in jeder Beziehung zu konkurrieren veranlaßt wird?

Ich würde das für eine verhängnisvolle Entwicklung und geradezu für eine Entartung der Frau halten. Dabei müßte nicht nur die Frau, dabei müßte die Familie, die Zelle, auf der die Gesellschaft sich aufbaut, zugrunde gehen. Die Frau würde ihrem natürlichen Berufe, die Kinder-Gebäuerin und die Kinder-Erzieherin zu werden, entzogen werden, und Mann und Frau und Kinder würden davon den größten Schaden haben.

Das größere Maß wirtschaftlicher Freiheit der Frau scheint mir erst dadurch möglich zu werden, daß das Eigentum, die Heimstätte, Haus, Hof, Stall und Garten, grundsätzliches Eigentum der Frau wird, ja daß die Frau genau so durch Gesetzgebung in den Besitz eines Eigenheims gebracht werden müßte, wie das für jeden Staatsbürger eine gültige und politische Forderung ist. Würden die Dinge aber so gehandhabt, daß alle erwachsenen Frauen ein Eigenheim haben müßten, dann wären ja auch alle Männer, wenn sie es wünschen, im Besitz ihres Heims. Denn mehr Heime als es erwachsene Frauen gibt, braucht es nicht zu geben. Die Frauen wären dann die Besitzer der Mietshäuser. Und dieser ihr Besitz wäre für ihre wirtschaftliche Existenz ein so starkes Fundament, das auch ihrer Ehefreiheit außerordentlich zu Hilfe käme. Wenn die Frau in diesem Besitz ist, wenn sie von vornherein weiß, daß dieser Besitz für sie unerschütterlich ist, dann kann sie für die weitere Sicherung ihrer Existenz so leicht Vorkehrungen treffen, daß die Frage, ob sie verheiratet ist oder nicht, für ihre Existenz, an sich wenig Bedeutung haben müßte. Es ist klar, daß das ihre Situation ganz außerordentlich verbessern würde.

Die Situation des Mannes aber würde dadurch nicht so verschlechtert, daß er das nicht ertragen könnte; denn der Mann hat ganz anders wie die Frau die Möglichkeit, sich in der Welt draussen eine Existenz zu verschaffen. Es ist ja aber auch keinem Manne verwehrt, das Heim, das er an der einen Stelle verliert, an anderer Stelle wieder zu erwerben. Selbstverständlich bleibt die Pflicht beider Ehegatten bestehen, für ihre Kinder auch die weitere Verantwortung zu tragen. Das ist jedoch eine Angelegenheit, die die Gesamtheit, der Staat und die Gemeinde, mit den beiden zu regeln hat; denn der Staat kann natürlich nicht die Aufgabe übernehmen, die Kinder zu ernähren, die von ihren Eltern verlassen würden.

Noch soll diese Frage an dieser Stelle nicht behandelt werden. Wir kommt es hier nur darauf an, zu zeigen, daß die Frauen in ihrer Position das Ziel verfolgen müssen, daß das Eigenheim, das eine Familie braucht, grundsätzliches Eigentum der Frau werden soll, damit die Frauen dafür, daß sie die Arbeit in der Heimstätte als ihre eigentliche Arbeit ansehen, und deshalb, weil sie die Arbeit in der Heimstätte auch zumeist leisten, auch die Gewissheit haben, daß das Eigentum unter allen Umständen ihr wirklich unverlierbares Eigentum sei und bleibe, und

gemacht hatte, daß er seine Wilada wiedersehen solle. Das unerreichbare Ziel seiner jahrelangen Sehnsucht stand plötzlich nahe vor ihm; sein heißer, in tausend Schmerzen aufgegebener Wunsch war ihm auf das unerwartetste erfüllt. Das Herz hüpfte ihm im Leibe, ein Juchzer, den er nicht unterdrücken konnte, drang aus seiner Kehle, er wendete sich auf den Fez: „Und jetzt geh ich zur Wilada!“ sagte er.

„Halt!“ rief die Baronin, „ist natürlich? So ohne weiteres geht man nicht zur Wilada. Jetzt wollest Du dich nach Garje, und am Samstag kommst Du ins Schloss und holst einen Brief für die Frau Oberin ab. Du wirst Du ins Kloster tragen und bei dieser Gelegenheit vielleicht Deine Schwester zu sehen bekommen.“

„Gewiß! Ich werde sie gewiß zu sehen bekommen — wenn ich nur einmal dort bin!“ sprach Pavel und schürzte mit einer unwillkürlichen Bewegung die Ärmel auf.

„Nicht gar zuviel Jubel!“ verziehte die Baronin. Sie war müde geworden und schied sich an, ihren früheren Platz wieder einzunehmen. Da sprang Pavel auf sie zu, hob sie hastig zur Seite und den Lehnstuhl aus dem Bereich des Kronleuchters hinaus: „So, nie er, jetzt setzen Sie sich.“

Die Greisin war nahe daran gewesen, umzufallen, als sie statt des Stuhls, den sie suchte, einen Stuhl erhielt. Mit einem Schrei der Angst kammerie sie sich an den in tiefster Ehrfurcht dargereichten Arm des Lehrers, der die gnädige Frau zu ihrem Stuhl geleitete und dann bebend vor Unwillen die Hand gegen Pavel erhob:

„Was tust? Was fällt Dir ein — Spitzbube?“ Pavel deutete ruhig nach der Schwärze des Lagers: „Denn das Schicksal reißt, ist sie ja tot.“ sprach er. „Gott! Gott! — fort! hinaus!“ rief Garje, und der Junge gehobte, ohne mit Abschiednehmen Zeit zu verlieren. Die Baronin beruhigte sich allmählich und sagte: „Er ist blödsinnig, aber er hat wenigstens eine gute Absicht gehabt.“

„Das weiß Gott,“ rief der Lehrer, — wenn Euer Gnaden nur nicht so erschrocken wären!“

„Ich weiß,“ rief er, „denn ich weiß,“ Sie zog das Taschentuch und drückte es an ihre Stirn. „Nicht schäm dich,“ rief er, „denn ich weiß,“ Sie zog das Taschentuch und drückte es an ihre Stirn. „Nicht schäm dich,“ rief er, „denn ich weiß,“ Sie zog das Taschentuch und drückte es an ihre Stirn.

daß die Frauen die Post für so freieren müßten, daß die Befehlgebung ihnen dieses Befehlrecht auch wirklich zugestehen. Die Frauen, die das Wahlrecht haben, wären Fürinnen, wenn sie auf eine solche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht mit aller Anstrengung hinstreuen wollten. Ich bin fest überzeugt, daß sie das mit laufend Freunden tun werden. —

Ergebnisse des Weltpostkongresses von Stockholm.

Der Weltpostkongress ist am 28. August geschlossen worden. Folgendes sind seine wichtigsten Ergebnisse: Neue Grundlagen für die Briefgebühren wurden beschlossen, namentlich gewisse Mindestsätze, unter die kein Land herabsinken darf. Die Gebühr für den einfachen gewöhnlichen Brief muß künftig zwischen 20 und 40 Goldcentimen liegen, nach Wahl des Aufgabelandes; in ähnlichem Verhältnis sind die Gebühren für Postkarten, Geschäftspapiere, Drucksachen usw. festzusetzen. Für Zeitungen und Zeitschriften, die unmittelbar von den Verlegern versandt werden, für die von gelehrten Gesellschaften versandten literarischen und wissenschaftlichen Werke und für gebundene und zwischere Bücher (ausser der Geschäftsdrucke) können zwischen den Ländern ermäßigte Gebühren, halbe Drucksachengebühren, vereinbart werden. Die Gewichtslimiten für Blindenschriften werden von 500 Gramm auf 1000 Gramm erhöht; das hat eine Gebührenermäßigung um 50 v. H. zur Folge. Für Wertbriefe und Wertkarten sind einheitliche Wertobergrenzen gebühren von höchstens 50 Goldcentimen für je 300 Goldgramm zu erheben; die Nachsendung ist künftig kostenfrei. Die Gebühren für Postanweisungen betragen 1/2 v. H. des eingezahlten Betrags; dazu kommt eine feste Gebühr von höchstens 30 Goldcentimen.

Bedingungen für Briefsendungen:

Die Absender müssen Geschäftspapiere, Drucksachen, Warenproben und Mischsendungen sowie Postkarten mit bezahlter Antwort, diese auf beiden Seiten, voll freimachen, sonst werden die Sendungen nicht befördert. Briefe nach Ländern, die sich damit einverstanden erklären, können zollpflichtige Gegenstände enthalten. Näheres wird rechtzeitig bekanntgemacht.

Geldstücke, Banknoten, Gold- und Silberfachen, Edelsteine usw. dürfen nicht in gewöhnlichen Briefen verschickt werden, ebenso dürfen Briefe keine Beilagen (schriftliche Mitteilungen) enthalten, die für andere Personen als den Empfänger selbst oder bei ihm wohnende Personen bestimmt sind. Bei gewöhnlichen Sendungen können Fensterbriefumschläge mit eingeklebtem Fenster verwendet werden. Postkarten werden bis zur Größe von 10,5:15 Zentimeter zugelassen. Die Länder, die zurzeit im innern Verkehr größere Postarten haben, müßten sich verpflichten, sie alsbald abzuschaffen.

Es ist erlaubt, den Geschäftspapieren ein Inhaltsverzeichnis mit kurzen Hinweisen auf Briefe, Vorgänge usw. beizufügen. Warenproben können auch in Rollenform 45 Ztmtr. lang sein.

Als Drucksachen sind nicht zugelassen: durchlöcher Papiernoten für Musikautomaten, mit Zylinderkern hergestellte Stempelabdrücke und Papierwaren, bei denen der Druck nicht als wesentlicher Bestandteil anzusehen ist. Neuzugelassen sind folgende schriftliche Zusätze auf Drucksachen: fünf Druck- oder Rundstempel, die in Anstaltsarten, Vermerke wie „Druckreif“, „Gesehen, Druckreif“ auf Probebruden, Angaben, die zur Erläuterung der Zahlen als Bestandteil der Preisbestimmung anzusehen sind in Preislisten, Wörtern- oder Markzetteln, Handelsrundschreiben usw.; Angabe der Sägen, wo Zwischenlandungen vorgenommen werden, in Schiffsanzeigen; Preise in Bücherzetteln. In Mischsendungen dürfen Blindenschriften nicht aufgenommen werden. Wertbriefe können außer Wertpapieren auch wertvolle Akkunden, Pläne usw. enthalten. Als Wert sind die Wiederbeschaffungskosten anzugeben.

Neuerungen im Paketverkehr.

Alle Länder, die das Paketabkommen ausführen, müssen das 1-Kilo-Paket zulassen. Als Sperrgut gelten im Sonderfahr Paket, die in der Länge 150 Meter oder in Länge und größtem Umfang zusammen (Umfang ohne Länge gemessen) 3 Meter überschreiten. Für Ägypten und Norwegen gelten anstatt 150 Meter und 3 Meter 1,10 Meter und 1,65 Meter. An Lagergebühren für Postpakete dürfen höchstens 5 Franc erhoben werden. Die in jedes Paket einzulegende Doppelanschrift soll auch die Anschrift des Absenders enthalten. Der Absender soll schon bei der Einlieferung durch einen Vermerk auf der Paketkarte und auf dem Paket darüber verfügen, wie sein Paket im Falle der Unanbringlichkeit behandelt werden soll. Unzustellbarkeitsmeldungen werden nur noch erlassen, wenn der Absender es verlangt hat oder wenn Pakete wegen Verabbarung oder Beschädigung unanbringlich werden. Im übrigen werden unzustellbare Pakete, über die nicht im voraus anders verfügt ist, nach 14-tägiger Lagerfrist ohne vorherige Meldung zurückgeschickt. Bei Wertpaketen ist auf der Paketkarte nicht mehr ein Siegel, sondern nur noch ein Reklamabild (in Stempelart) anzubringen.

Für die ohne Verschulden der Post erforderliche werdende Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Postanweisung kann eine Gebühr erhoben werden. Die Frist für Erlassungsansprüche aus dem Postanweisungsverkehr läuft vom Tage nach der Einlieferung der Postanweisung an. Bei der ersten Vorzeigung endgültig verweigerte Postanträge können ohne Lagerfrist gleich zurückgeschickt werden.

Das Postnachnahmeverfahren wird für Briefsendungen und Pakete gleich gestaltet. Nachnahmen sind allgemein in der Währung des Aufgabelandes anzugeben. Der Absender hat eine angefüllte Postanweisung (besonderer Vermerk, für Briefsendungen hellgrün) beizufügen. Gebühren 1/2 v. H. des Nachnahmebetrag und eine Grundgebühr von höchstens 50 Goldcentimen. Die eingezogenen Beträge werden kostenfrei übermittelt. Im Verkehr mit Ländern, in denen die Post nicht selbst den Postdienst besorgt (wie Belgien, Frankreich) bleibt es für Pakete bei den alten Nachnahmegebühren (1 v. H.).

Erfolgsbeträge werden werbefähig festgestellt und gezahlt. Bei Wiederbeschaffung verloren gegangener Sendungen kann derjenige, der Erfolg erhalten hat, die Sendung gegen Rückzahlung des Erfolgsbetrags zurücknehmen. Ist Erfolg festgestellt, so tritt die Post ohne weiteres in alle Rechte des Empfängerin an der Sendung ein. Im Postanweisungsverkehr können nach Ländern, die sich zu diesem Verfahren bereit erklären, sogenannte Verlegerstücke übernommen werden; mit derselben Einschränkung ist die Heberweisung im Inland bezogener Zeitungen nach dem Ausland zugelassen. Postanweisungen werden künftig 3 Jahre lang gelten.

Von Poststellen, die für die Dienstleistung weniger von Belang sind, ist eine wesentliche Herabsetzung der Durchgangskosten, die die Länder unter sich für die Beförderung der Briefposten zu zahlen haben, zu erwägen.

Essentielle Änderungen treten erst zum 1. Oktober 1925 in Kraft. —

Die hölzerne Marmortreppe.

Wenn wir als Lehrlinge zur Fortbildungsjahre mußten, gingen wir von Vadon zum Professor immer über das Stern-gelände und sahen die „feinen“ Häuser entstehen, wo früher Festungswälle waren. Die Häuser waren so „fein“, daß nur Offiziere und „bessere“ Leute darin wohnten. Das sah man schon beim ersten Blick durch die offene Haustür, denn Marmortreppen mit einem Läufer belegte, mußten einen vornehmen Eindruck.

Nach vielen Jahren folgte auch der Zufall kürzlich in eines jener Häuser. Ich sah es erstes wieder die Marmortreppe, aber — o Schreck! — der Läufer fehlte, und es stellte sich nun heraus, daß ein ganz hässlicher Schmelz durch diesen Läufer getrieben

worden war. Der Rest der Treppe, der von ihm bedeckt wurde, war nämlich gar nicht aus Marmor — man sah ihn ja nicht — sondern aus ganz gewöhnlichem Tannenholz.

Man kann sich kein schöneres Symbol für die Kultur der Vorkriegszeit denken, als diese verlogene Marmortreppe mit dem Mittelstück aus Holz. Und alles, was sich nach diesen hölzernen Marmortreppen in seinem Leben wieder zurücksehnt, schimpft heute auf die Republik, trägt das Sakentkreuz und sieht sich als Kulturträger. Wir aber, die vor all dieser leeren Prozedur einmal Respekt hatten, lachen heute über unsere unschuldsvolle Bescheidenheit und sind uns klar darüber, daß hölzerne Marmortreppen, Sakentkreuz und Schwarzweißrot unsern Kindern nicht mehr imponieren werden. Das ist die beste Garantie für die Republik. —

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg führt mit Wirkung ab Donnerstag den 11. d. M. die freie ärztliche Versorgung ihrer Familienangehörigen wieder ein. Die Angehörigen können nun erom ten der Kasse auszustellenden Krankenschein den Arztart zu 26 Wochen im Jahr ohne Zugahlung in Anspruch nehmen. Die Angehörigen der Pflichtmitglieder haben vorher einen Schein des Arbeitgebers in der Kasse vorzulegen, woraus hervorgeht, daß der Ernährer noch in Arbeit steht. Die außerhalb Magdeburgs und in entfernten Randbezirken wohnenden Angehörigen, die den Arzt in ihre Wohnung kommen lassen müssen, haben die Wegegeelder in mit der Kasse vereinbarter Höhe selbst zu zahlen, zurzeit pro Doppelkilometer 80 Pfennig und nachts 1,60 Mark. Das Steuer-geld ist auf das Bierzinsfache des Grundlohnes erhöht, und das Hausgeld beträgt jetzt fünf Zehntel des Grundlohnes für Mitglieder, die 26 Wochen nach der Reichsversicherungsordnung versichert waren. Die Beiträge werden ab 1. Oktober 1924 auf 7 Prozent ermäßigt. Vom gleichen Tag ab erhalten nunmehr alle Arbeitgeber, die durchschnittlich nicht mehr als 15 Versicherungsbefähigten, monatlich eine Rechnung überfandt. Zu Arbeitgeber der Dienstboten bzw. Hausangehörigen erhalten zukünftig auch Rechnungen überfandt, und zwar stets für je zwei Monate, so daß der Kassendienst damit vereinfacht und den Zahlenden die Wege verringert werden. Die Leistungen der Kasse dürften damit wieder als sehr gut angesprochen werden. (Siehe heutige Anzeige.)

Kein Pfandtag. Der Turnverein sich te veranlaßt in dieser Woche Pfandtage innerhalb und sportliche Vorführungen. Für Mittwoch abend war ein Fadelzug sämtlicher Abteilungen nach dem Domplatz geplant. Dafür ist die Genehmigung aus-gelieben. Die gesamte Mittwochveranstaltung fällt aus diesem Grunde aus. —

Wichtigste für Kleingarten beweisen wir auf die Anzeige des Bezirksverbandes Magdeburg des Reichsverb. der Kleingartenvereine in heutiger Nummer. —

Wenn einer eine Reise tut. Gehtörtig gefordert wurde hier in der Nacht zum Sonntag ein Maschinist aus einem benachbarten Dorfe, der tags zuvor 3000 Mark von einer Bank abgeholt hatte, und vor der Abfahrt seines Wagens noch in einem Geschäftsal, in der Viktorienstraße ein Glas Bier trinken wollte. Er geriet dabei in eine äußerst feile Gesellschaft, die sich mit gutem Erfolg bemühte, ihm sein Leben und auch die Geldtasche zu erleichtern. Am Schluß des Gelages brachte ihn eine seiner Kreißenossen nach dem Bahnhofe. Die Verabschiedung dort ist ansehend aber so eindrucklich gewesen, daß er gar nicht gemerkt hatte, wie diese ihm dabei seine Geldtasche mit dem Reste seines Geldes aus der Tasche stahl. Das Dämmlicht an der Straße war aber, daß er weder Name noch Wohnung der schändlichen Verbrecherin kannte. —

Der gemütliche Zeher. Der Arbeiter Adolf B., wohnhaft Schmidstraße 45, wurde am Montag aus einer Wirtschaft in der Gröberstraße wegen seines betrunkenen Zustandes hinausgewiesen. Darüber erbost, schlug er von oben mehrere Fenster Scheiben ein. Hier bei zog er sich mehrere tiefe Schnittwunden an rechten Unterarm, so daß seine Heberführung in die Krankenanstalt Altstadt notwendig wurde. —

Unfall bei der Arbeit. Der Arbeiter Robert B., wohnhaft Kl. Klosterstraße 12, fiel auf seiner Arbeitsstätte vom Gerüst und erlitt schwere innere Verletzungen. B. wurde dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. —

Um vier Risten Schmalz gepreßt wurde eine kleine Fleischwaren-Großhandlung dadurch, daß sie sich auf eine angeblich auswärtige telephonische Bestellung verließen, diese Ware zur Abholung in einem Gasthof niederzulegen. Die Abholung war zwar pünktlich erfolgt, aber nicht von der als Besteller angegebenen Person, an der Sache ganz unbeteiligt war, sondern von einem unbekanntem Kutscher mit einem kleinen mit einem Fuchs bespannten Pferdewagen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Stiefelste Mittwoch 7.15 Seiterwiefe. Alles erscheinen, wichtig!

Abteilung Wilhelmstadt. Mittwoch den 10. September, abends 8 Uhr, treffen sich die Frauen sämtlicher Kameraden zu einem gemütlichen Beisammensein bei Schulz, Freientstraße 52.

Abteilung Neue Freiheit. Zug- und Gruppenführer-Sitzung am Mittwoch den 10. September, abends 7.30 Uhr, im „Untergarten“. — Zusammenkunft der Abteilung Freitag den 12. September, abends 7.30 Uhr, im „Untergarten“. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen Pflicht. Mitgliederkarte mitbringen. — Sonntag den 14. September Selbstwanderung. Meldungen hierzu am Freitag abend.

Abteilung Eubenburg. Am Sonnabend den 13. September, abends 8 Uhr, republikanischer Abend im „Kriethalpalast“. Kameraden aller Abteilungen sind freundlichst eingeladen.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Eubenburg: Für alle Queblingfabriker am Dienstag erste Probe auf dem Jungborn. Regie Beteiligung wird erwartet.

Wilhelmstadt: Samstag, Donnerstag Mitgliederversammlung und Vortrag: Arbeiterjugend und Reichsbanner. Kommt und bestet wieder mit.

Leimbörsch: Dienstag 7 1/2 Uhr Probe im „Reinholdhof“. Alle müssen kommen.

An alle: Am 13. und 14. September Gruppenleiterkursus auf dem Jungborn. Sonnabend abend 7 1/2 Uhr dabei selbst erweiterte Hauptversammlung. —

Arbeiterverein Kinderfreunde Magdeburg.

Gruppe Sudan. Kindermittag wieder Donnerstag den 11. September, 6 Uhr, Franzheim. Helfer 7 1/2 Uhr. —

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Mittwoch (1. Anrechtabend): Walfire. — Donnerstag (2. Anrechtabend): Torquato Tasso. — Freitag (3. Anrechtabend): Sans Seling. — Sonnabend (4. Anrechtabend): Die verkaufte Braut. — Sonntag (außer Anrecht): Cavalleria rusticana und Saffaro. —

Wilhelm-Theater. Mittwoch Erstaufführung: Das Baby. — Donnerstag: Prinzessin Surandot. — Freitag: Prinzessin Surandot. — Sonnabend: Prinzessin Surandot. — Sonntag: Gaspard des „Blauen Vogels“. —

Stadttheater. Zum erstenmal ein besonderes Interesse hat Herr Generalmusikdirektor West in Magdeburg zum erstenmal ein Werk Richard Wagner's dirigieren wird. Herr Oberregisseur Schuttschlag hat die „Walfire“ neu inszeniert. Die Intendant beachtet, noch im Laufe der Spielzeit, den geschlossenen Ring in neuer Form heranzubringen, nachdem die einzelnen Werke in herrlicher Ausstattung erstmalig und der neuen Form herauskommen werden. Herr Kossmann wird den Sigmund und der neuen Form die Sigmund fangen. Die Besetzung der Partie des Sigmund (Springer) und der Fricka (Preiser-Codes) ist die frühere geblieben. Das Walfire-Ensemble wird aus-schließlich mit Solokräften besetzt werden. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. —

Wilhelm-Theater. Heute (Mittwoch) offene Vorstellung. Zum erstenmal „Das Baby“. Auf die heutige Vorstellung von Sturm und Galoppketter „Schwan“ „Das Baby“ sei besonders aufmerksam gemacht. Es hat zunächst nur diese eine Vorstellung statt, weil der dauernde Erfolg von „Prinzessin Surandot“ bis einschließend Sonnabend ausgemacht werden soll. Dann folgt das Gaspard des russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel“ ein. Die Regie von „Das Baby“ hat Herr Dr. A. Gross, in den Hauptrollen sind die Damen Kram, Burg, Freiender, Kram und die Herren Garben, Gross, Dr. Göge und Dr. Freiender.

Umgestaltung der Rentenbank.

Im Laufe dieser Woche sollen die entscheidenden Beratungen des Verwaltungsrats der Rentenbank über das Statut der geplanten neuen Agrarbank erfolgen. Wohl hat Preußen eine Reihe von Bedenken gegen die vom Reichsernährungsministerium geschaffene Grundlage für die neue Bank geltend gemacht; gleichwohl erfolgen die Beratungen des Verwaltungsrats auf der Basis des vom Reichsernährungsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurfes. Es ist deshalb von Interesse, diesen Gesetzentwurf kennenzulernen. Er hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt“
wird mit dem Sitz in Berlin errichtet. Sie hat die Eigenschaft einer juristischen Person. Zweck der Anstalt ist die Beschaffung von Krediten für die deutsche Landwirtschaft und zur Förderung der landwirtschaftlichen Bodenkultur, und zwar durch Vermittlung der in der Satzung angegebenen Kreditinstitute.

Das Grundkapital wird aus dem ihr bei der Errichtung nach § 9 des Gesetzes über die Liquidation des Umlaufs an Rentenbankaktiven von der Deutschen Rentenbank überwiesenen Kapital gebildet. Es erhöht sich um die Beträge, die der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt von der Reichsbank und der Deutschen Rentenbank jährlich überwiesen werden. Die für die Deutsche Rentenbank gegründeten Grundschulden stehen mit der Beendigung der Liquidation der Deutschen Rentenbank der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zu. Der Zeitpunkt der Beendigung wird von der Reichsregierung bekanntgegeben. Die Vorschriften, die hinsichtlich der der Deutschen Rentenbank zustehenden Grundschulden erlassen sind, finden entsprechende Anwendung.

Die sonstigen der Deutschen Rentenbank nach Beendigung ihrer Liquidation verbleibenden Vermögenswerte gehen mit der Beendigung der Liquidation auf die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt über. Von dem auf die Beendigung der Liquidation der Deutschen Rentenbank folgenden Zinstermin ab ruht die Verzinsung der Grundschulden, es sei denn, daß die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt in Liquidation tritt, oder daß über ihr Vermögen der Konkurs eröffnet wird, oder daß der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt mit Zustimmung der Reichsregierung die Wiederaufnahme der Verzinsung beschließt. In diesen Fällen beginnt der Zinslauf mit dem ersten Tage des auf das maßgebende Ereignis folgenden Monats. Der Beginn des Zinslaufs wird von der Reichsregierung bekanntgegeben.

Verzinsliche Schuldverschreibungen.

Bis zum Höchstbetrag von 1200 Millionen Reichsmark kann die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt verzinsliche Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgeben. Im Fall des Konkurses der Anstalt gehen die Forderungen der Inhaber der Schuldverschreibungen den Forderungen der anderen Konkursgläubiger vor. Das gleiche gilt bezüglich der Befriedigung aus jenen Krediten, die die Anstalt aus dem Erlös der Schuldverschreibungen gewährt hat. Die Inhaber der Schuldverschreibungen haben untereinander den gleichen Rang. Bezüglich des Anspruchs der deutschen Landwirtschaft finden die für die Absonderungsberechtigten entsprechenden Vorschriften der Konkursordnung Anwendung.

Die Organisation der Anstalt wird durch Satzung geregelt. Die erste Satzung wird erlassen von dem Ausschussrat der Deutschen Rentenbank. In der Satzung ist vorzusehen, daß ein Verwaltungsrat gebildet wird, der aus 15 Mitgliedern besteht. Fünf davon werden vom Reichsrat bestellt. Die Satzung bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Ist binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Satzung nicht vorhanden, so wird sie von der Reichsregierung gegeben. Die Änderung der Satzung bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

Ueber die Verwendung des Reingewinns bestimmt die Satzung das Nähere. Die Reichsregierung kann Vorschriften über die Rechtsbeziehungen der auszustellenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber und über eine Pfandhaftung der Verwaltungs- und Geschäftsführung der Anstalt erlassen.

Die Reichsregierung ist mit Zustimmung des Reichsrats befugt, zuerst vom 31. Dezember 1936, alsdann von 10 zu 10 Jahren nach vorausgegangener einjähriger Kündigung, die an den Vorstand der Anstalt zu erlassen und von diesem zu veröffentlichen ist, die Liquidation der Anstalt zu verlangen oder zu bestimmen, daß die Grundschulden binnen einer gewissen Frist erlöschen. Wird bis zu dem Tag, an dem die Grundschulden erlöschen sollen, der Konkurs eröffnet, so erlöschen die Grundschulden erst mit der Beendigung des Konkurses.

Von den Steuern, die das Reich, die Länder und die Gemeinden vom Einkommen, vom Vermögen (einschl. Grundvermögen), sowie vom Gewerbebetrieb erheben, ist die Anstalt bis zum Ablauf des Jahres 1936 insoweit befreit, wie es die Landesgesetze nach den jeweils geltenden Vorschriften sind. Aus Anlaß der Gründung der Anstalt dürfen von Reich, Ländern und Gemeinden Abgaben und Kosten nicht erhoben werden.

Ueber das der Anstalt nach Beendigung ihrer Liquidation oder sonstigen Auflösung verbleibende Vermögen beschließt die Anstaltsversammlung mit Genehmigung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat es in der Hand, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungs- und Rechtsvorschriften zu erlassen.

Mit diesem Gesetzentwurf hat das Reichsernährungsministerium entgegen den Wünschen der landwirtschaftlichen Genossenschaften an dem Plane festgehalten, ein eigenes Institut für Agrarkredite mit besonderer Privilegien zu gründen. Es kommt damit den Wünschen des Reichslandbundes entgegen, der mit der Schaffung einer solchen Bank die Absicht verknüpft, sich und dem Großgrundbesitz eine politische Vormachtstellung zu verschaffen.

Kriegerische Stahlhelmer.

In Braunschweig, wo am Sonntag großes Stahlhelmtreffen war, wurde auch der kriegerische Mut erprobt. Wie immer an solchen Tagen, kam es zu Anpöbelungen der Bevölkerung, Zusammenstößen usw. Wir leien darüber im sozialdemokratischen Braunschweiger „Volkstfreund“:

Auf der Münzstraße kam es zu einem Zusammenstoß von Stahlhelmlenten mit der kommunistischen Jugend. Diese kam vom Bahnhof. Die rote Fahne, die sie bei sich führten, war vorwärtsmächtig zusammengerollt. Die Stahlhelmer waren auf dem Wege zum Bahnhof und saugen „Siegereich wollen wir Frankreich schlagen“, während die Kommunisten ihre Kampflieder sangen. Als die Führung des mehrerer hundert Mann starken Stahlhelmauges die Kommunisten erblickte, ging sie auf diese los und schlug sie mit einem mitgeführten Holzschilde. Einige Leute versuchten, sich in den Weg der roten Fahne zu stellen. Das gelang ihnen aber nicht, da die Kommunisten die Stahlhelmer abwehrten, die jedoch vor den in der Zahl bedeutend geringeren Kommunisten flüchteten. Die hinzugekommene Polizei beschlagnahmte die rote Fahne.

Von allen Augenzeugen wird übereinstimmend ausgesagt, daß die Schuld an dem Vorfall nur den Stahlhelmlenten beizumessen ist.

Auf dem Leonhardplatz spielte ein Fußballverein (mit behördlicher Genehmigung), als ein Stahlhelmer kam, um sich dort auszuüben. Der Spielleiter zeigte ihnen Genehmigungsaussweis und bat, das Spiel nicht zu stören. Die Stahlhelmer drängten die Spieler aber zur Seite und sagten:

Radiodienst der Volkstimme.

Stresemann der Intrigant?

ng Paris, 9. September. Je länger die Debatte über die beabsichtigte Heberhebung der Kriegsschulden dauert, desto unglücklicher entwickelt sich die außenpolitische Lage Deutschlands. Auch die französische Dienstmorgenpresse zeigt das wieder recht deutlich. Sie veröffentlicht ohne Ausnahme die amtlichen Erklärungen der deutschen Regierung. Aber jede Zeitung, auch die Linkspreffe, macht ihnen mehr oder weniger heftigen Kommentar dazu. Als Urheber der verfahrenen Politik wird rechts und links Stresemann betrachtet, der teilweise sogar als Intrigant gegen den Reichskanzler bezeichnet wird. So sagt der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“, Stresemann sei der eigentliche Vater der Kriegsschuldenüberföhrung und habe Marx nur vorgeschickt. Er sei es auch gewesen, der zwischen dem 25. und 29. August den Deutschnationalen die bestimmte Erklärung abgegeben habe, daß er eine Kriegsschuldenlast lasse, wenn sie die Annahme des Sachverständigengutachtens ermöglichen werden.

„Genehmigung, Quatsch! Schlagt sie tot!“ usw. Den Fußball zerschneiden die Stahlhelmer. Die Sipo jagt blut und brachte die Stahlhelmer zur Ruhe. Ein Stahlhelmer, der dem Sipobeamten die Waffe entreißen wollte, zerschlug sich die Hand. Einige Stahlhelmer wurden gefesselt abgeführt.

Es sind doch wirkliche Helden, diese Stahlhelmer! Siegreich wollen sie Frankreich schlagen, üben sich darin an halben Kindern und ergreifen das Hasenpanier, wenn diese sich zur Wehr setzen. Aber wenn sie in gewaltiger Uebermacht sind, dann segeln sie darauflos und schlagen alles kurz und klein, wie die Geldent auf dem Sportplatz beweist.

Ankündige Menschen rücken von solchem Gelichter weit ab.

Blutiger Terror in Georgien.

Anlässlich des in der vorigen Woche ausgebrochenen Aufstandes in Georgien und Merbeidshan, über den anfangs unbestimmte Meldungen vorlagen, werden jetzt Einzelheiten bekannt, die ein allgemeines Bild der Vorgänge liefern. Danach scheint der Aufstand vollkommen spontan ausgebrochen zu sein, als Folge der ungeheuren Erbitterung der örtlichen Bevölkerung gegen die terroristische Herrschaft der russischen Bolschewisten, die in Georgien wie in einer eroberten Provinz hausten. Der beste Beweis für den spontanen Charakter des Aufstandes liefert die Tatsache, daß die örtliche Bevölkerung sich gegen ihre Bedrücker erhob, obwohl die stärkste georgische Partei, die Sozialdemokratie, sich fortgesetzt mit allem Nachdruck gegen einen bewaffneten Aufstand erklärte.

Die Aufstandsbevegung, die anfangs zur Besitzergreifung eines großen Teiles aller Ortschaften durch die Aufständischen führte, wurde sehr bald durch die ungeheure militärische Uebermacht der russischen Bolschewisten niedergeworfen. Jetzt vollzieht sich in dem gemarkerten Land ein Bachanal der Mache, wie es bisher nur bei den türkischen Eroberern im Kaukasus oder in Kleinasien üblich war. Zu Hunderten werden die gefangenen Arbeiter und Bauern abgeschlachtet, Tausende werden eingekerkert, alle, die nur irgendwie im Verdacht oppositioneller und sozialistischer Gesinnung stehen, sind der blutigen Willkür der Tscheka ausgeliefert.

Um diesem blutigen Treiben einen Schein von Rechtfertigung zu geben, verbreitet die Sowjetpresse die ungeheuerlichsten Verleumdungen gegen die georgische Sozialdemokratie und die sozialistische Arbeiterinternationale, die angeblich den Aufstand in Georgien angezettelt hätten. Ueberflüssig zu sagen, daß an diesen Verleumdungen kein wahres Wort ist. Aber die Sowjetregierung und ihre kommunistischen Soldschreiber in Europa brauchen diese Lüge, um das ungeheuerliche Verbrechen zu bemänteln, das an dem georgischen Volke verübt wird.

Notizen.

Oberschlesien im Reichstagswahlkampf. Für den Wahlkampf in Deutschoberschlesien sind bisher zwölf verschiedene Wahlvorschläge eingereicht worden. Die Wahlagitator hat beantragt. In 14 Tagen, am 21. September, ist der Wahltag. Mit besonderer Spannung wird verfolgt, wer den Wahltag, die bei der vorigen Wahl gewonnenen Wähler diesmal festzuhalten verstehen. Die Aussichten der Polnischen Volkspartei werden ungünstig durch die schlechten Nachrichten aus Polnisch-oberschlesien beeinflusst.

Die Demokraten gegen den Bürgerblock. Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei des Wahlkreises Rhein-Mosel hat eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: „Der Parteitag verfolgt mit Bedauern die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums, die auf die Bildung eines Bürgerblocks zur Uebernahme der Regierung hinauslaufen. Ein solcher Bürgerblock unter Ausschaltung der Sozialdemokratie würde eine ernste Bedrohung der republikanischen Verfassung bedeuten und hierdurch scharfe innerpolitische Kämpfe hervorrufen. Es handelt sich bei der Erfüllung des Londoner Abkommens um eine gerechte Verteilung der uns auferlegten Lasten. Es besteht die dringende Gefahr, daß der Bürgerblock sich auf diesem Gebiet von Einseitigkeit nicht frei halten wird. Aus diesem Grund fordert der Parteitag des Wahlkreises Rhein-Mosel die Parteileitung auf, sich der Bildung eines Bürgerblocks zu verweigern und nach wie vor ihre ganze Kraft für die Bildung einer großen Koalition der staatsverhaltenden Kräfte einzusetzen.“ Eine Entschließung in ähnlichem Sinne faßte die Demokratische Beamtenvereinigung der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West.

Sakenkreuz heßt gegen Reichsbanner. Am Sonnabend vertrieb bei der Gründungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Heidelberg eine aus der Umgegend zusammengezogene Gruppe Sakenkreuzler die Versammlung zu sprengen, wurden daran aber von dem amwehenden Saanichung von Mannheim verhindert. Darauf lauerten die Reichsbannerleute am Bahnhof auf und überfielen, als sie gegen die Hauptmacht nichts auszurichten vermochten, zwei Nachzügler, die sie in der schwersten Weise mit Gummi- und Holzknäpeln mißhandelten. Ein hartes Polizeiaufgebot sollte die Ordnung wieder her, wobei von der Polizei drei Sakenkreuzler verwundet wurden, die später vom Bahnhof Mannheim im Auto nach Hause gebracht wurden. In Mannheim selbst wurde nochmals ein Mitglied des Reichsbanners, als die Abzüge nach Hause gegangen waren, mißhandelt und durch einen Messerhieb verletzt.

Fünf Jahre politischer Mord. Der vom Preussischen Landtag eingeleitete Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung von

Konferenz der Arbeitsminister.
cz Bern, 9. September. Am Montag traten in Bern die Arbeitsminister von England, Frankreich und Deutschland zusammen zur Besprechung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. An der Beratung nahm auch der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, teil. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Ein Konservativer gegen den Schutzoll.
sp Berlin, 9. September. Aus Sa h n i b wird gemeldet, daß dort der bekannte Nationalökonom der Berliner Universität Professor Dr. Sering anlässlich eines Vortrags über die internationale Agrarfrage sich gegen den Schutzoll ausgesprochen hat. Sering, der parteipolitisch der Rechten angehört, beanrätete das damit, daß durch die Tributzahlungen, die jetzt auf Deutschland lasten, eine solche Belastung, wie sie früher möglich war, heute nicht mehr denkbar ist. Seine volkswirtschaftlichen Interessen liegen eher beim Freihandel wie beim Schutzoll, der höchstens als Kampannittel in Frage kommen könne.

Zusammenschluß der Opposition in Italien. Die Leitung der unitarischen sozialistischen Partei beschloß eine Aktion zum Zwecke der Sammlung aller politischen Parteien einzuleiten, die dieselben unmittelbaren Ziele für die Wiederherstellung der politischen Freiheit in Italien verfolgen. Es wird besonders die Bildung von administrativen Blocks aller oppositionellen Parteien in den Provinzen beabsichtigt.

Politisches Attentat in Tokio. Aus Tokio wird über Paris gemeldet, daß der sozialistische Journalist Kiyotaro Sada den Liberalen Fukuda, der Militärgouverneur von Tokio zur Zeit des Erdbebens war, durch einen Schuß schwer verwundet hat. Der Attentäter wollte die Ermordung des sozialistischen Führers Sata Tsugitachin, der am 16. September 1923 getötet wurde.

Sepechen.

Internationaler Kriegsteilnehmerbund.
Wb. London, 9. September. Am nächsten Montag wird in der „Central Hall“ der Kongreß der Internationalen Föderation ehemaliger Kriegsteilnehmer (Fidew) eröffnet, welche 5 Millionen Mitglieder umfaßt. Unter den Entschlossenen, die zur Behandlung kommen, befindet sich eine von französischer Seite, welche vorschlägt, daß mit den Kriegsteilnehmern vormalig feindlicher Staaten die Verbindung aufgenommen werde, und eine Entschließung der britischen Mission, welche die Bildung einer internationalen Organisation von Kriegsteilnehmern vorschlägt.

Vorbereitungen für die Anleihe.
Wb. Paris, 9. September. Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus New York finden zur Vorbereitung der deutschen Anleihe in der Zeit vom 15. bis 20. September in London wichtige Besprechungen statt, an denen vor allem der amerikanische Bankier Morgan, sein Teilhaber Lamont und der Gouverneur der Englischen Bank, Norman, teilnehmen werden.

Georgien sucht Hilfe.
Wb. London, 9. September. Neuter erfährt, daß der Präsident der nationalen Regierung von Georgien Macdonald während seines Aufenthalts in Genf ersucht habe, die Moskauer Regierung zu veranlassen, daß sie einer Regelung des Konfliktes durch einen Schiedspruch zustimme.

Verwände zum Eingreifen?
Wb. Peking, 9. September. Der britische, amerikanische, französische, italienische und japanische Gesandte haben eine neue Note an das Auswärtige Amt gesandt, in der die Notwendigkeit der Errichtung einer neutralen Zone an dem Huangpufluß, an dem Schanghai liegt, herbeigefordert wird.

Die Kämpfe bei Schanghai.
Wb. London, 9. September. Der diplomatische Verkehrleritter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß zwischen London und Washington unter Benutzung der diplomatischen Kanäle ein vorläufiger Meinungsaustrausch über die Frage irgendeiner gemeinsamen Aktion der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in China im Gange sei. Die Initiative zu diesem Schritt sei anscheinend von der amerikanischen Seite gekommen, da die britische Regierung durch die Genfer Verhandlungen vollkommen mit der europäischen Lage beschäftigt gewesen sei. Es verlautet, daß die jetzige schismatische Lage in China die Aufmerksamkeit des Foreign Office und des Premierministers selbst fand.

Vorbereitungen zum Ozeanflug.
Wb. New York, 9. September. Aus Boston wird gemeldet: Der mit einem Anfermarkt besetzte Marinestender „Patoka“ wurde angewiesen, 300 Seemeilen südlich vom Kap Farewell (Grönland) auf das Luftschiff Z R 3 zu warten zwecks eventueller Dienstleistung während des Fluges über den Atlantischen Ozean.

Die Wellflieger in Neuyork.
Wb. London, 9. September. Die amerikanischen Wellflieger erschienen am Montag kurz nach 3 Uhr über Neuyork und landeten nach einem Rundflug über der Stadt auf dem Mitchellfeld auf Long Island. 15 000 Zuschauer, darunter der Prinz von Wales, bereiteten einen begeistertsten Empfang. Die von den Fliegern zurückgelegte Strecke betrug nahezu 37 000 Meilen.

Unwetterkatastrophe.
Wb. Tokio, 9. September. Durch eine Sturmwellerkatastrophe auf Formosa wurden 30 Personen getötet und 342 verwundet. Ueber 3200 Häuser wurden zerstört.

(Schluß des reaktionellen Teils.)

Willst du wissen, was zu kommen ist, lies die Prophezei des Propheten, die in der Bibel steht. Die Prophezei des Propheten ist die einzige Prophezei, die die Zukunft vorhersagt. Die Prophezei des Propheten ist die einzige Prophezei, die die Zukunft vorhersagt. Die Prophezei des Propheten ist die einzige Prophezei, die die Zukunft vorhersagt.

Kleiderstoffe für den Herbst sehr billig!

HITMANN

Karierte Kleiderstoffe

die große Mode
Meter Mk. 8.90 bis 4.50
3.30 2.35 1.75

135

Gestreifte Kleiderstoffe

in Riesenauswahl
Meter Mk. 8.90 bis 4.50
3.75 2.25

135

Blusenstoffe

aparte Streifen und Karos
Meter Mk. 5.25 3.40
2.50 1.90

145

Einfarbige Kleiderstoffe

alle nur erdenkl. Gewebe,
besteingef. Marken Mtr.
Mk. 7.90 b. 4.25 3.60 2.75

220

Reinwollene Cheviots

nur erstklassige Qualitäten
Meter Mk. 6.30 bis 4.50
3.90 3.40

275

Crêpe marocain

reinwoll. gute Qualitäten
Meter Mk. 7.50 6.90
5.75 4.90

390

Köper-Velvet

prima Qualitäten,
schwarz und farbig
Meter Mk. 11.50 10.50

850

Gabardine

prima reine Wolle, feinf.,
eleg. Kleiderware, in den
schönsten Farb. Mtr. Mk.

750

Gabardine 130 cm breit

prima reine Wolle, für
Kleider und Kostüme
Mtr. Mk. 13.90 b. 10.50 8.90

780

Hauskleiderstoffe

in Velour u. halbwoollenen
haltbarsten Geweben
Mtr. Mk. 3.75 b. 1.95 1.75

150

Eskimotuch für Mäntel

130 cm breit, in vielen
Farben
Meter Mk. 14.50 bis 7.50

590

Mantel-Flausche

in neuester Ausmusterung
und Farben
Meter Mk. 8.90 bis

390

Wollvelour 130 cm breit

nur prima Qualitäten, für Mäntel
und Kostüme, in glatt und eleg.
Streifen Meter Mk. 15.50 bis

1150

Chiffonsamt

für elegante Gesellschafts-
kleider, großes Farbsortiment
Meter Mk.

1450

FRAUEN+

Die durch reiche
Erfolge ausgezeich-
nete Originalmarke
gegen nervöse
Störungen weibl.
Blutcirculation ist
seit ca. 20 Jahren

FREBAR

Dr. gef. gesch.
Warnung vor fah-
spielig. Versuchen
mit oft wertlosen
Mitteln. Nur die
Schutzmarke "Fre-
bar" verbürgt Er-
folg. vollkommen
unabhängig. Es
unabhängige Dant-
schreiben. Gehält
in Apotheken, Pro-
gerien, Sanitäts-
Geschäften,
Engros-Handlung.
Dr. Otto Krause
Magdeburg
Katzensprung 14.

Rote Rugeltüte

St. ca. 4 1/2 Pfd., St. 2.50,
für Händler u. Verband-
geschäfte ein sehr guter
Artikel. Der Preis ist
allerhöchst billig. Ich
erichte eine Niederlage
in Magdeburg und wer-
den die Rüge (raro)
Saus geliefert. 218

Otto Behncke in
(Hofst.)
Butter- u. Käseverhand.

Das Blatt der Arbeiterfrau



Die Frauenwelt

erscheint alle 14 Tage
Preis 30 Pfg.
mit Schnittmuster-
bogen 40 Pfg.
Bestellungen durch die
Zeitungsträgerinnen.



Echt
bayrische Loden

Die ideale Bekleidung

für Jäger, Landwirte, Touristen,
für die Reise — für die Straße,
für Auto- und Motorradfahrer

Wasserdicht imprägniert, dabei luft-
durchlässig und unbegrenzt haltbar

Loden-Mäntel und -Joppen
Loden-Sportanzüge und -Hosen
Loden-Jagd- und -Wirtschafts-Anzüge

Ferner in größter Auswahl:

Gummi-Mäntel / Windjacken / Sport-
hosen / Wickelgamaschen / Leder-
gamaschen / Sportstrümpfe / Rucksäcke
Sporthemden / Echte bayr. Lodenhüte
Echte Pichler- und Oberländerhüte

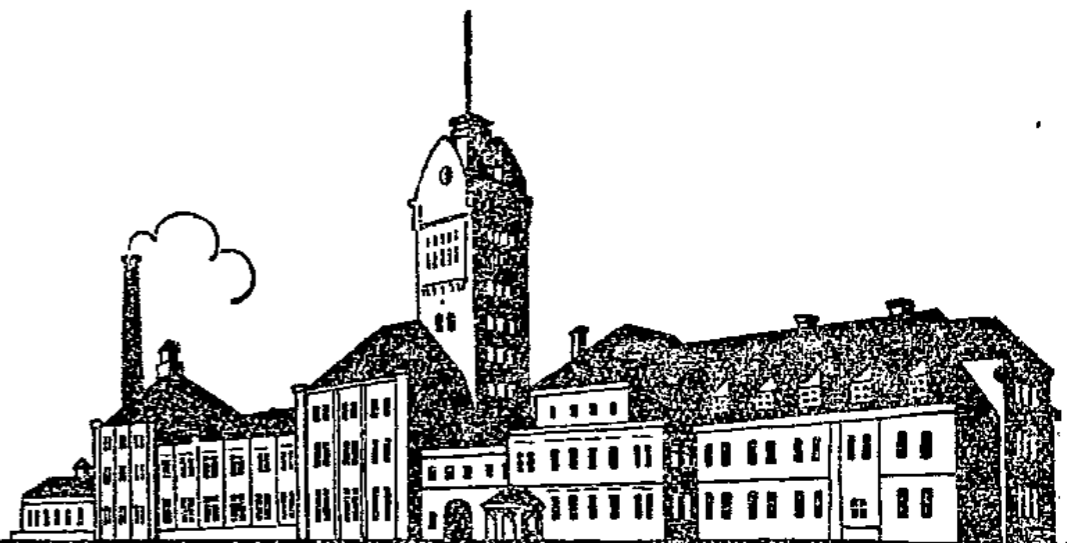
In meinen Angeboten nenne ich keine Preise. Meine
Qualitäten, meine besondere Ausführung sind eine
Klasse für sich. Trotzdem sind meine Preise niedrig.

Falkenburg

Spezialhaus für Loden- und
wasserdichte Bekleidung

Alte Ulrichstrasse 12.

(Gegenüber der Kirche.)



Unsere

Seifenfabrikate

sind vorzüglich in Qualität und überaus sparsam im
Gebrauch. Sie werden hergestellt in den eignen Seifen-
fabriken der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher
Konsumvereine m. b. H., Hamburg

Kernseife, weiß à Stck. 36 Pfg.
Kernseife, gelb, 250 Gramm à Stck. 26 Pfg.
Kernseife, gelb, 200 Gramm à Stck. 22 Pfg.
Kernseife, Oranienburger (Blockform) à Stck. 26 Pfg.
Transparentseife à Stck. 32 Pfg.

Toilettenseifen:

Buttermilchseife à Stck. 28 Pfg.
Germanenseife à Stck. 30 Pfg.
Badeseife à Stck. 32 Pfg.
Rasierseife à Stck. 16 Pfg.

Seifenpulver:

Waschextrakt 1 Pfd. 32 Pfg.
Salmiak-Terp.-Seifenpulver . ganze Pakete 30 Pfg.
halbe Pakete 15 Pfg.

Salmiak-Terpentin-Seifenpulver mit Schnitzel
à Paket 35 Pfg.

Seifenflocken zum Blusenwaschen à Paket 34 Pfg.
Bleichsoda à Paket 10 und 15 Pfg.

Ferner das moderne Waschmittel **Famos**
à Paket 36 Pfg.

Diese Artikel sind zu haben in allen Verkaufsstellen des

KONSUMVEREINS

für Magdeburg und Umgegend

E. G. m. b. H.

Siegfried
Cohn
Weberwaren
Breitweg 58/60

Das Völkerparlament.

Während die Augen der europäischen Öffentlichkeit gespannt auf Paris und Berlin gerichtet waren und darauf warteten, ob Kammer und Reichstag den Pakt von London sanktionieren würden, traten in der schweizerischen Hauptstadt Bern die Parlamentarier von 24 Staaten zur 22. Konferenz der Interparlamentarischen Union zusammen.

Ein andres auffälliges Zeichen ist das Auftreten von deutschen Rednern in den fremden Delegationen. Oft, wenn ein Redner aus der polnischen, der tschechischen, ja sogar der italienischen Delegation aufgerufen wird, stellt sich heraus, daß es ein Deutscher ist, den die gewaltig gegengenen Grenzen des Versailler Vertrags in einen andern Staat verwiesen.

Die Verhandlungspunkte gruppieren sich fast immer um Fragen der interstaatlichen Beziehungen, wie ja die Union ihre Entstehung der Pflege des schiedsgerichtlichen Gedankens für die Streitfragen zwischen den Völkern verdankt. Das am meisten beachtete Referat erstattete diesmal der deutsche Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Schücking über die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik.

In die wirtschaftlichen Erörterungen spielte auch die Debatte über Ein- und Auswanderung hinein, die der deutschen Reichstagsabgeordneten Luise Schröder Gelegenheit gab, die Ursachen der neuen hohen Auswanderungstürbe in Mitteleuropa aufzuzeigen.

Alle Verhandlungen waren von internationalem Geiste getragen, und die bunte Versammlung nahm auch neidlos meinen Hinweis auf, daß die internationalen sozialistischen Konferenzen meiner engeren Parteifreunde viel zur Herstellung des neuen Geistes in Europa beigetragen haben.

gebungen der Länder und in internationalen Verträgen seinen Niederschlag findet. Die nützliche Arbeit soll 1925 in Washington fortgesetzt werden.

Völkisches Stimmungsbild in Inseraten.

Erklärung. (14. August 1924.)

Wir teilen hierdurch unsern völkischen Freunden mit, daß der durch Beschluß v. 6. 7. 24 aus der Ortsgruppe des Völkischsozialen Freiheitsbundes ausgeschlossen worden ist.

Gegenerklärung. (15. August 1924.)

Die Ortsgruppe des Völkischsozialen Freiheitsbundes Bernigeroberode gibt in der gestrigen Nummer eine Erklärung ab, die zu Mißverständnissen führen kann, was vielleicht sogar beabsichtigt ist. Zu der Erklärung habe ich folgendes zu bemerken: Ich war noch nie Mitglied des Völkischsozialen Freiheitsbundes.

Erklärung. (21. August 1924.)

Zur Gegenerklärung des Herrn Reiter bemerken wir: 1. Herr Reiter ist eingetragenes Mitglied des Völkischsozialen Freiheitsbundes gewesen. 2. Der Ausschluß des Herrn Reiter aus der Ortsgruppe ist erfolgt durch den Vorstand der Ortsgruppe Bernigeroberode auf Grund eines entsprechenden Beschlusses der Vollversammlung.

Ein wichtiger Wahlkampf in Dänemark.

In drei dänischen Wahlkreisen hat seit zwei Wochen der Wahlkampf um die am 16. September stattfindende Wahl begonnen. Der Kampf wird erbittert, hart auf hart geführt, gilt es doch für die Sieger der Folkethingwahlen im April, Bürgerlich-Moderate und Sozialdemokraten, zu zeigen, daß ihr Sieg kein Zufalls- oder Konjunkturieg war, wie die Gegner gern behaupten.

Das Landsting, die erste Kammer des aus ihm und dem Folkething bestehenden Reichstags, ist ein Gebilde aus jener Zeit, in der das Königtum noch daran arbeitete, die Zügel der Politik in der Hand zu behalten. Damals schufen die konservativen Ratgeber des Königs das Zweikammersystem, um in der Kammer Landsting ein besonderes Kontrollorgan des Königs durch „Königsgewählte“ Abgeordnete zu haben.

Der einzige Zweck des Landstings ist also heutzutage der, allen über 35 Jahre alten Staatsbürgern sozusagen eine Zustimmung zu geben, noch dazu mit einer Entscheidung über acht Jahre. In der Praxis führt diese Doppelwahl zu dem unheilvollen Zustand, daß eine neue Regierungsmehrheit im Folkething bisher noch die Minderheit im Landsting bildet.

Veränderung der Verfassung notwendig machte, beantragte die dänische Sozialdemokratie eine völlige Republikanisierung und Demokratisierung der Verfassung, deren beiden Hauptpunkte die Umwandlung des Königtums in eine Republik und die Schaffung eines nur aus einer Kammer bestehenden Reichstags, gewählt von allen Frauen und Männern über 21 Jahre, waren.

Die dänischen Genossen wissen, daß der 16. September nur eine erste Weiche in die letzte Hochburg der Reaktion schlagen kann. Die Hebermacht der beiden rechten Parteien ist derartig, daß sie mit dieser Wahl nur des halben Landstings kaum gebrochen werden kann.

Die Aussichten der dänischen Sozialdemokratie sind trotz schwieriger Regierung gut. Die ersten Wahlversammlungen zeigten günstige, siegesfreudige Stimmung. Zwar steht die agrarische Hochburg, Insel Funen, mit zur Wahl, aber gleichzeitig wählt auch das gut sozialdemokratische Kopenhagen.

Die Kämpfe in Süchina.

Seit dem Sturz der Mandschu-Dynastie haben sich die rivalitäten zwischen der südchinesischen Chiilipartei und der nördlichen Partei, die ihr Hauptkraftzentrum in der Mandschurie hat, erheblich verschärft. Mehr als ein Jahrzehnt lang gehen die Klankleien, und vielleicht ist es nur der an modernen Verkehrs-mitteln armen ungeheuren Weite des Chinesenreiches zu danken, daß dieses Reich noch nicht zerfallen ist.

Das Haupt der Mandschurischen Partei, Chang-Tsolin, steht in einem alten Gegensatz zu dem in der Provinz Honan residierenden tatsächlichen Haupt der sogenannten Chiilipartei, dem General Mac-Pei-Fu. Die Kämpfe, die jetzt ausgefochten werden, sind der Austrag dieses alten Gegensatzes.

Die europäische Öffentlichkeit hegt zum Teil die Meinung, daß dieser seit dem Borerkrieg bedeutendste Kampf in China auch wie dieser seine Spitze gegen die Fremden hat. Davon kann kaum eine Rede sein. Hier handelt es sich vielmehr um einen reinen Bürgerkrieg, um eine innere, gewalttätige Auseinandersetzung um die politische Macht im Reich der Mitte.

Die bisher vorliegenden Nachrichten aus China lassen den tatsächlichen Umfang der Bürgerkriegsbewegung noch nicht klar erkennen. Es scheint aber, als wenn der Krieg nicht auf die Provinzen Kiangsu und Tscheking beschränkt bleibt, sondern das ganze östliche China langsam in Bewegung kommt.

Die Großmächte haben vor Schanghai, der größten Hafenstadt Chinas, eine respektable Kriegsstärke zusammengepackt und unter dem natürlichen Vorwand des Schutzes der Ausländer in Schanghai Marinetruppen gelandet. Ob sich daraus eine internationale Einmischung ergibt und ob damit der Versuch wiederholt werden soll, der nach dem Boreraufruf 1901 gemacht wurde, China in völlige Abhängigkeit von den Großmächten zu bringen, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Hühneraugen. beseitigt sicher das Radikalmittel Lebewohl. Hornhaut an der Fußsohle verschwindet durch Lebewohl - Ballen - Scheiben. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. In Drogerien und Apotheken. Man verlange ausdrücklich „Lebewohl“

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Bergarbeiterstreik im Borinage.

Im alten Wetterwinkel Belgiens, dem Kohlenrevier des Borinage, das über 35 000 Bergleute beschäftigt, tobte seit 3 Wochen ein schwerer Kampf. Auf das eigenmächtige Vorgehen der Grubenherren, die unter Ablehnung jedes Schlichtungsverfahrens die Löhne um 5 bis 10 Prozent herabsetzten, während der Lebenshaltungskosten noch immer stiegen, haben die Arbeiter mit dem Generalstreik geantwortet. Die deutsche und englische Konkurrenz muß den Unternehmern als Argument für die Lohnreduktion herhalten, sie verpöhlen aber hinzuzufügen, daß die in den letzten Jahren, namentlich auch infolge des Ruhrkampfes, erzielten glänzenden Gewinne auch bei vorübergehend schlechtestem Geschäftsgange die Aufrechterhaltung der alten Lohnsätze, wenn nicht deren Erhöhung, reichlich rechtfertigen würden. In Wirklichkeit ist aber der Geschäftsgang lange nicht so schlecht. Das zeigt schon die Tatsache, daß der bis zum Streik ununterbrochenen vollen Beschäftigung außerordentlich niedrige Kohlenbestände entgegenstehen.

Es kommt eben den Grubenherren dieses Reviers auf die Durchbrechung des seit dem Waffenstillstand grundsätzlich respektierten Schlichtungsverfahrens an, und gerade daraus erklärt sich auch der hartnäckige Widerstand der Arbeiter. Der Kampf hat im ganzen bisher einen ruhigen Verlauf genommen. Die Versuche der Kommunisten, um trüben zu fischen, sind vollständig mißlungen. Einen Augenblick drohte das provokatorische Verhalten der Gendarmen zu ernstern Zusammenstößen zu führen, aber dank dem energischen Auftreten der überwiegend sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen und Parlamentsvertreter des Reviers ist es gelungen, den schlecht angebrachten Eifer der Gendarmen zu kühlen. Streikbrecher und Vespöhl gibt es fast gar nicht, mit Ausnahme eines geringen Teiles der ausländischen Arbeiter, namentlich Polen. Der Streik ist in den letzten Tagen auch auf die Instandhaltungsarbeiten ausgedehnt worden, weil die Unternehmer sich weigerten, die dazu aussersehenen Arbeiter im Einvernehmen mit der Organisation zu bestimmen. Infolgedessen drohen verschiedene Gruben zu erstarren.

Die Regierung sucht zu vermitteln, aber bisher ohne Erfolg. Eine am Freitag in Brüssel abgehaltene Konferenz der nationalen Schlichtungskommission mußte infolge der unangenehmlichen Haltung der Unternehmer des Borinage ergebnislos verlaufen werden. Der Kampf geht also weiter. Die Arbeiter sind gut organisiert, halten musterhaft Disziplin, und dank dem lang andauernden guten Geschäftsgang ist nicht daran zu denken, daß sie in absehbarer Zeit durch Hunger zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Ueberdies haben sie die volle Unterstützung des nationalen Bergarbeiterverbandes. Auch die übrige Arbeitererschaft ist bereit, die Bergleute des Borinaee weitgehend zu unterstützen.

Abgelehnter Schiedsspruch. Der am 4. September vom Reichs- und Staatskommissar Wehlich gefällte Schiedsspruch für das rheinisch-westfälische Baugewerbe ist von den Bauarbeiterorganisationen (freie und christliche) in einer gemeinsamen Konferenz in Essen als nicht weitgehend genug abgelehnt worden. Der Kampf im Baugewerbe Rheinlands und Westfalens soll mit unermüdeter Schärfe fortgesetzt werden.

Kritischer Gewerkschaftskongress.

In der vorigen Woche tagte in Hull der 56. Kongress der britischen Gewerkschaften. Ihm kam insofern größere Bedeutung zu als den früheren Kongressen, weil seit den letzten Wahlen und der Einsetzung einer Arbeiterregierung in England die politische Macht der englischen Gewerkschaften deutlichen Ausdruck gefunden hat. Der erste Tag des Kongresses war von den Begrüßungsreden ausgefüllt worden. Der Kongresspräsident, Purcell, führte u. a. folgendes aus:

Wir hoffen alle, daß es der Londoner Pakt ist, der einen ersten Schritt aus dem europäischen Chaos heraus bedeutet. Wenn man an all die fürchterlichen Konsequenzen denkt, die sich aus der Geldentwertung, den hohen Preisen bei niedrigen Löhnen, dem langen Arbeitslosentum und den ungleichen Verhältnissen des Arbeitsmarktes für die deutsche Arbeitererschaft ergeben, so kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß der deutsche Arbeiter seinen Anteil an den Reparationen schon abgetragen hat. Der Dawes-Bericht, der als Grundlage der neuen Regelung der Reparationsfrage von allen Beteiligten angenommen worden ist, bedeutet neue Leiden: Erhöhung der Zinspreise der A-Klasse sind notwendig; Einkünfte aus der Besteuerung von Lebensmitteln fließen dem internationalen Kapital zu. All das bedeutet, daß neue zusätzliche Lasten auf den Rücken des ohnedies schon überlasteten deutschen Arbeiters gelegt werden.

Es bedeutet, daß sich der Machtbereich des internationalen Kapitals noch mehr ausdehnen im Begriff ist. Es heißt, daß in einem Zeitpunkt, in dem, außer Ganze gesehen, die politische Macht überall in die Hände der Arbeiterklasse überzugehen scheint, sich die ökonomische Macht mit einer gewissen Unerbittlichkeit und wachsender Geschäftigkeit in der Hand von einer kleinen Gruppe von Finanzmagnaten konzentriert.

Es ist hohe Zeit, daß wir uns mit diesem Problem beschäftigen. Man sagt uns: die deutschen Arbeiter stimmen doch dem Dawes-Plan zu und sind um seine eilige Durchführung aufs äußerste besorgt! Ist es nicht vielmehr so, daß die deutschen Arbeiter sich nur deshalb hüten, sich der Londoner Regelung zu widersetzen, weil sie der Meinung sind, daß in diesem Falle ihre Lage nur noch viel schlimmer sein wird als im Falle der Annahme? Auf jeden Fall muß die britische Gewerkschaftsbewegung gegen die Äußerung des Achtundachtentags in Deutschland Front machen. Der Achtundachtentag muß in Deutschland wieder fest benannt werden und mit ihm würdige Mindestlöhne, die den Lebensstandard der deutschen Arbeitererschaft sichern. In solchem Geiste werden wir unsere Grube den deutschen Gewerkschaften, mit dem Ausdruck unserer Hoffnung, daß sich alle deutschen Gewerkschaften jenseits vereinigen werden, um den Achtundachtentag und die Mindestlöhne für alle Arbeitenden zu sichern.

Am Mittwoch nach dem Kongress die Erklärung über die Grundrechte der Arbeiter an. Darin ist vorgelesen die Veranschaulichung des Grund und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen, ferner Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Rentenberechtigung aller Arbeiter vom 60. Lebensjahr an, die 48-Stunden-Woche und die gesetzliche Regelung von Kinnmüllern. Durch eine Entschließung wurde dem Generalrat der Arbeiterpartei das Recht der Gewerkschaften in Arbeiterkämpfe zugesprochen, während bisher kein Interventionsrecht auf die Fälle beschränkt war, in denen seine Vermittlung angerufen worden ist.

Die Diskussion des Kongresses über die Frage der internationalen Zusammenarbeit mit der Roten Internationale wurde durch einen Beschluß beendet, über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen. Am Freitag nachmittag wurde die Besetzung eines Telegramms an MacDonald beschlossen, in dem ihn der Rat der britischen Arbeitererschaft für seine Rede zugunsten des Friedens ausgeprochen wird. In dem Telegramm wird u. a. die Hoffnung ausgedrückt, daß seine Botschaft für die Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit von der Völkerbundversammlung angenommen werden.

Ferner beschloß der Kongress einstimmig, die Regierung im Namen der 4 1/2 Millionen organisierten englischen Arbeiter zum Abschluß des englisch-russischen Vertrages vom 8. August zu beglückwünschen. Der Kongress ist überzeugt, daß die Ratifizierung und die Durchführung dieses Vertrages eine überaus wichtige Bedeutung für den Frieden und die Weltwirtschaft haben wird.

Nachrichten aus der Provinz.

Mindestunterstützung in der Wohlfahrtspflege.

Die neue Verordnung über die Fürsorgepflicht trifft keine nähere Bestimmungen über Art und Maß der Fürsorge. Es sind zwar hierüber Ausführungsanordnungen ergangen, aber auch diese bewegen sich nur in recht allgemeinen Wendungen. Die Folge war, daß die Unterstützungssätze in den einzelnen Fürsorgegebänden recht verschieden ausfielen, allereinst aber viel zu niedrig waren. So kam es, daß die Not der Unterstützungsempfänger in das Unfassbare stieg. Jetzt hat sich der preussische Wohlfahrtsminister in einem Runderlaß der Frage angenommen. Er schreibt, daß ein weiteres Zurückbleiben der Unterstützungssätze hinter den vor dem 1. April 1924 üblichen Leistungen (das sind die alten Normalsätze des Reiches) nicht mehr verantwortet werden kann. Soweit für die Sozial- und Kleinrentner — heißt es weiter — Mindesteinkommen festgelegt sind, deren Vorhandensein die Hilfsbedürftigkeit ausschließen kann, sind sie grundsätzlich als unzureichend anzusehen, wenn sie unter den durch Tarif vom 21. Juni 1924 festgesetzten Höchstsätzen bleiben.

Dieser Runderlaß ist in der Provinz Sachsen von den Regierungspräsidenten in Magdeburg, Merseburg und Erfurt den Bezirksfürsorgeverbänden (Stadt- und Landkreisen) zugestellt worden. Diese Verbände sind angewiesen worden, die Fürsorge im Sinne des Erlasses durchzuführen. Das bedeutet, daß die Hilfsbedürftigen, die irgendein sonstiges Einkommen nicht besitzen, eine Mindestunterstützung erhalten müssen, damit sie jenes Mindesteinkommen erreichen. Neue Tarifsätze sind wie folgt festgesetzt:

- 1. bei Personen im Alter von 14 und mehr Jahren, wenn der Ort der Unterstützung der Ortsklasse A angehört, täglich 1,— Mark.
- 2. wenn der Ort der Unterstützung der Ortsklasse B angehört 0,90 Mark.
- 3. bei Orten der Ortsklasse C, D und E 0,80 Mark.

Für Personen im Alter unter 14 Jahren sind in diesen drei Abteilungen zu zahlen 67 Pfennig, 60 Pfennig, 53 Pfennig täglich.

Die Bestimmung der Ortsklassen richtet sich nach den für die Beamtenbesoldung geltenden Vorschriften. Bei dieser Berechnung des Mindesteinkommens sind „angemessene“ Teile des Arbeitsverdienstes von Hilfsbedürftigen, die trotz starker Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit unter Ausnutzung besonderer Kraftakt einem Erwerbe nachgehen, in das tatsächliche Einkommen nicht mit einzurechnen. Bei der Freilassung von Arbeitslosen darf nicht engherzig verfahren werden. Es wird mindestens das Arbeitseinkommen bis zur Höhe jener Mindesteinkommensgrenzen als anrechnungsfrei gelten können.

Der Runderlaß ist jedenfalls zu begrüßen, denn er schafft sichere Anhaltspunkte für das Maß der Unterstützungen und verpflichtet die „parazamen“ Gemeinden, die Fürsorge nicht allzu kärglich ausfallen zu lassen. Nur auf eins sei noch hingewiesen. Der Runderlaß spricht nur von „Sozial- und Kleinrentnern“. Wir möchten annehmen, daß dies nur eine unbedachte Unvollkommenheit ist. Nach dem ganzen Sinne der Verordnung über die Fürsorgepflicht muß man natürlich dazu Vermorden, daß sich die neue Anordnung wegen der Mindestunterstützungssätze auf alle Hilfsbedürftigen zu erstrecken darf, also auch auf die bisherigen Armenunterstützungsempfänger. Sollte doch, wie es meist auch schon geschieht, überhaupt kein Unterschied mehr gemacht werden zwischen Armenunterstützungsempfängern und Kleinrentnern. Es haben daher alle Hilfsbedürftigen Anspruch auf jene Mindestleistungen.

Einige Städte klagen schon über die „ungeheuren Mehraufwendungen“, die ihnen durch die Neuerung erwachsen. So schreibt eine Stadt von rund 25 000 Einwohnern aus der Provinz Sachsen in einem Rundschreiben, daß sie dadurch monatlich etwa 4000 Mark Mehrausgaben habe. Der zur Deckung des bislang vom Staate getragenen Anteils bestimmte Zuschuß aus der Hauszinssteuer reicht schon für die zuletzt gezahlten Unterstützungen nicht aus, so daß die neuen Sätze eine erhebliche Steuererhöhung zur Voraussetzung haben. Wichtig ist, daß die jetzt den Gemeinden überwiesenen Einnahmen zur Deckung ihrer allgemeinen Ausgaben nicht ausreichen. Darunter dürfen aber zunächst nicht die Hilfsbedürftigen leiden.

Kreis Wangleben.

„Reite Zustände im Kreise Wangleben“.

Der Haushaltplan des Kreises Wangleben, der jüngst vom Kreisrat einstimmig genehmigt wurde, ist innerhalb und außerhalb des Kreises Gegenstand fortgesetzter Beanstandung und Vorwürfe. Auf ein bißchen mehr oder weniger persönlicher Anpöbeleien kommt es dabei nicht an. Systematisch geht man darauf aus, Reibungsflächen zu suchen und auszunutzen. Das ganze Mandat ist jedoch zu durchdringend und auch für das kindliche Gemüt sofort erkennbar: die bevorstehende Kreisratswahl und der soeben Landrat bilden das Kampfbild. In der Hauptsache sind es die „Reitezustände des Kreises“, mit denen wir uns leider wiederholt in letzter Zeit befassen mußten, und an deren Spitze der Lehrer Steinicke in Karlsruhe steht.

Für den unbeteiligten Beobachter ist es interessant, diesen Kampf zu beobachten. Daß die ganze Berufsständlertruppe samt Familie und dem kleinen Örnegeß nichts weniger als Strategen sind, zeigt die Art des Angriffes und das Angriffsobjekt: der Etat. Sie möchten gern glauben machen, daß die Kreisverwaltung sorglos und ohne Rücksicht auf die Steuerzahler leichtfertig mit den Geldern wirtschaftet. Wer die Aufgaben und Leistungen, die dem Kreise durch die Folgen des Krieges und der Geldentwertung kennt, wer die soziale Not, die über unsern Kreis und besonders über die Eggenler Klübe hereingebrochen ist, zu würdigen versteht und vor allem einen offenen Mut für die Not der Zeit besitzt, der muß die Maßnahmen der Kreisverwaltung unbedingt gutheißen.

Die Mehrzahl der dem Kreis ausschuldig und Kreisrat angehörenden bürgerlichen Vertreter hat sich ohne irgendwelche Erwägung rücksichtslos auf den Boden der Tatsachen gestellt und gezeigt, daß sie entgegen ihren politischen Freunden Verständnis für die Notlage hat, worauf auch zurückzuführen ist, daß der Etat im Kreisjahrgang wie im Kreisjahrgang ein für Annahme gelangte. Daß daraus Opfer für die gesamte Kreisbevölkerung erwachsen, darüber war sich jeder Beteiligte klar. Es war sich aber auch weiter jeder darüber klar, daß bei einigermaßen gutem Willen die Lasten getragen werden können. Es ist kaum begrifflich, daß sich Leute finden, die in einer Stelle, wo sich die Not ganz katastrophal auswirkt, nämlich am Ziel Wohlfahrtspflege, erhebliche Abstriche machen wollten und damit die Armen der Armen, die Erwerbslosen, die Sozial-, Kleinrentner und Armenrentnerempfänger, die alles verloren haben, ganz dem Glend preisgeben. Solange Sozialdemokraten und ein sozialdemokratischer Landrat an diesen verantwortungsvollen Stellen sitzen, wird niemals ein solches Attentat auf diese Volksschichten zugelassen werden! Wenn sich die Not in den Herbst- und Wintermonaten noch mehr verschärft und das Sabotagegeheim der Arbeitgeber weiter entwickelt, werden die für Wohlfahrtszwecke zuwendenden Mittel kaum ausreichen.

Ferner wird der „Bejoldungsstil“ moniert und die Zahl der Beamten und Angestellten. Dem werden die Friedensstiller entgegengehalten. Hat sich aber auch einmal einer der Herren Bessertwiler überlegt, welche Fälle von Minderarbeit, Neueinrichtungen der Kreisverwaltung anferlegt worden sind? Die Arbeitsleistungen haben sich an manchen Stellen um das Dreifache und Vierfache erhöht. Werden durch Zusammenlegung von Sachbearbeitungsgebieten tatsächlich ein bis zwei Angestellte überflüssig, so ist die Ersparnis auf das Allgemeine kaum ausschlaggebend, dabei würde aber die ordnungsgemäße Erledigung der Dienstgeschäfte ganz entfallen können.

Was liegt den Verantwortlichen noch ganz besonders das „Lehrstüchle“ am Herzen. Die Aufwendungen hierfür sind

zu hoch. Na ja, es ist ja auch ein sozialdemokratischer Landrat, der es bewirkt. Autos sind nun einmal nur für prominente Spieler. Diehe der Landrat von Rabe oder von Bahseft, würde sich der Teufel darum sieren. In diesem Falle wäre es eine Bedürfnisfrage, die unbedingt bejaht werden müßte. Deshalb kann man über diesen Fall ruhig zur Tagesordnung übergehen.

Was nun den persönlichen Kampf gegen den Landrat anbelangt, so ist kein Mittel zu schlecht, daß es nicht bewirkt wird. Raum kann an Niedertracht mehr geleistet werden, was in dieser Beziehung hier zugee gebracht wird. Von den Verleumdungen und Schmähungen überschäumt der Gifflbecher, der bei vorgefetzten Behörden, bei Abgeordneten und in übermüllenden Zeitungsredaktionen kredenz wird. Geht man all den Verleumdungen und Verdächtigungen auf den Grund, so bleibt in allen Fällen als Endresultat die Tatsache des beabsichtigten Zweckes: die Verleumdung. Selbst die Dienstauswandselder werden in häßlicher Weise als Gegenstand in die Arme geworfen. Hierzu möge diesen Rittern von der traurigen Gestalt gesagt sein: Wenn je ein Landrat nichts, auch rein gar nichts, aus seinen Dienstauswandseldern oder sonstigen Remunerationen zieht, so ist es der derzeitige Landrat Rebling. Nur Eingeweihte vermögen festzustellen wie groß die Zahl derer ist, die in ihrer Not, Ratlosigkeit und Vergeßlichkeit Hilfe beim Landrat suchen und die nie mit leeren Händen davongehen. Wen es interessiert, der frage die Armen aus der ganzen Wirtsoe des Kreises. Die Antworten werden bestimmt auf keinen Verleumdungen getragen. Schlechte Früchte sind es befanntlich nicht, woran die Wespen nagen!

Alles was wir gegenwärtig in bezug auf Kreisverwaltung und Landrat erleben, ist das Vorispiel zur Kreisratswahl. Will die Kreisbevölkerung eine Verwaltung, die ihren eigensüchtigen Zwecken dient, dann wohlen, sucht euer Glück bei den Berufsständlern und ihren großagrarischn Protektoren. Will die Kreisbevölkerung aber künftig eine Verwaltung, die im Dienste der Allgemeinheit steht und für das Volkwohl besorgt ist, der steht Mann an Mann zur Sozialdemokratie!

Wangleben. Ein Nachwort zum republikanischen Tag. In den letzten Augusttagen feierte das Reichsbanner hier die Kreisbannerverweihung. Der Hauptfesttag gestaltete sich zu einer gewaltigen republikanischen Kundgebung und nahm einen prächtigen Verlauf. Was aber bei der Tagung allgemein auffiel, das war die Zurückgezogenheit der republikanischen Verbände und Beamten. Mehrmals hatte die Ortsgruppe des Reichsbanners den Bürgermeister Wessel ersucht, die Begrüßung der Festteilnehmer offiziell namens der Stadtverwaltung vorzunehmen; er verzog sich aber hinter allerlei Ausreden, so daß schließlich ein republikanisches Magistratsmitglied aus persönlichem Interesse die Begrüßung vornahm, während bei der letzten Stahlhelmtagung, also einer antirepublikanischen Demonstration, der Weigeordnete und ein Magistratsmitglied als offizielle Vertreter erschienen waren. Für republikanisch gesinnte Bürger dürfte es auch in den Reihen der Militärvereine unter keinen Umständen mehr Platz sein. Die Militärvereine setzen sich vorzugsweise aus Beamten der verschiedenen republikanischen Verbänden zusammen, denen ihre Behörde wohl nur zum Geschäftsempfang noch gerade gut genug ist, aber sie zu plüzen, fällt ihnen gar nicht ein. Sinaus mit einem solchen Beamtenum, das gegen die eignen Behörden Maulwurfsarbeit leistet. Das Wangleber Finanzamt bildet geradezu eine Hochburg der Reaktion. Kaum ein Beamter oder Angestellter, vom Regierungsrat abwärts, ist nicht im Stahlhelm, sie alle propagieren aufs eifrigste die reaktionär-monarchistische Idee und — die Republik bezahlt sie. Würden diese Herren wenigstens so viel Mut aufzubringen in der Lage sein und ihren Dienst in einer Republik quittieren. Aber auch hier ist das republikanische Geld gut genug. Nehmlich liegen die Verhältnisse beim Landratsamt. Kein Beamter, außer dem Landrat, kann sich zur republikanischen Staatsform bekennen. Nur einige Angestellte haben den Mut, treu zur Republik zu stehen. Noch niemals hat man einen dieser Herren gesehen, bei öffentlichen republikanischen Anlässen für die neue Staatsform einzutreten. Bei den städtischen und den übrigen Beamten der Stadt ist es ähnlich. Man rechnet in diesen Kreisen immer noch damit, die Republik durch diese Bekämpfung doch demaltem „berjerten“ zu können. Es wird dies aber ein unfrommes Wunsch sein und bleiben.

Kreis Wangleben. Die Auszahlung der Zuzusente für die Kriegereinterbliebenen erfolgt in: Groß-Litterleben am 15. September 1924, vormittags 10 Uhr, bei Neuberg; Egeln am 16. September 1924, vormittags 9 Uhr, im Rathaus; Langenweddingen am 16. September 1924, mittags 12 1/2 Uhr, im Gemeindebureau; Wangleben am 17. September 1924, vormittags 9 Uhr, im Landratsamt.

Kreis Jerichow 1.

Reichstag. Ueber die Bedeutung der Wahlen zum Reichstag für den Kreis Jerichow 1 sprach am Sonntagmorgen Genosse Kammler (Wurg) in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung. Er wies darauf hin, daß jetzt auch der Reichstag wie alle andern Parlamente aus gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgeht. Es ist ein Mangel an politischem Pflichtbewußtsein, nicht zur Wahl zu gehen, weil man meint, diese Wahlen seien doch ohne Bedeutung. Aus der Zusammensetzung des Reichstags ergibt sich die Verteilung der Lasten auf die Einwohner des Kreises. Gelingt es den Bürgerlichen, die Mehrheit zu erringen, dann werden diese Lasten, wie es auch im Reichstag versucht wird, auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung gelegt. Ein Reichstag hat nicht nur fiskalische Aufgaben, er muß an soziale und kulturelle Fragen herangehen. Keine andre Partei als die sozialdemokratische, als die Partei des Fortschrittes, kann dies im Interesse der Arbeitererschaft tun. Genossen, denkt an die frühere Besetzung der Amtsvorsteherposten durch die Reaktionen. Denkt an die Rückständigkeit der Großagrarien im Reichstag bei der Einzelführung der Kleinbahn, die reine Interessenpolitik war zum Schaden der gesamten Einwohnerschaft. Unter der sozialistischen Mehrheit ist so manches Gute geschaffen, z. B. die Einrichtung des Wohlfahrtsamtes, dem die gesamte Fürsorge untersteht, Anstellung eines Kreisarztes, Errichtung von Schwesterstationen usw. Der Ausbau des Wegeneßes unter Verwendung von Material aus den Brüchen von Gommern ist nur der sozialistischen Mehrheit zu danken. Es ist mit allen fortschrittlichen Maßnahmen vorbei, wenn die Bürgerlichen die Mehrheit bekommen, deshalb, Genossen, am 21. September reißlos an die Urne, und wählt die Liste III u. Die Ausführungen wurden vom Genossen Fette, der Kreisratsabgeordneter war, noch wirksam unterstützt. Die Zeitskauer Genossen sind gewillt, alles zu tun, um unsrer Partei wieder die Mehrheit im Reichsparlament zu erringen.

Kreis Wolmirstedt - Neuhalbensleben.

Neuhalbensleben. Die Erwerbslosigkeit im Kreis ist augenblicklich zum Stillstand gekommen. Gegenwärtig sind — ausschließlich der zum Arbeitsnachweis Opferleben gehörigen Erbschaften — 700 Erwerbslose vorhanden, von denen rund 400 Unterstützung beziehen. Den größten Anteil hat naturgemäß die Stadt Neuhalbensleben mit rund 400 Erwerbslosen, von denen circa 250 Unterstützung beziehen. Daneben sind im Kreis einige tausend Kurzarbeiter vorhanden, deren Zahl allerdings stark im Abnehmen begriffen ist. Im Anhaltgebiet, wo starke Betriebsstörungen zu erwarten waren, wird dem Fernnehmen noch gearbeitet, da sich die Abgabeverhältnisse weiter gebessert haben.

man in der Steingutindustrie wird die Aufnahme der Vollarbeit vorbereitet bzw. wird bereits wieder voll gearbeitet. In der Hand- schuhindustrie dauert die Aufsperrung an. Die Unternehmer wollen sich hier über den Reichsstarif hinwegsetzen. Ein Beweis dafür, daß sie Tarifverträge, wenn sie ihnen nicht passen, zu dem bewußten Fahren Papier stampeln. —

Kreis Kalbe.

Kalbe. Sportfest der Schulen. Das am 7. September auf dem hiesigen Heeger abgehaltene Sportfest der Schulen des Kreises Kalbe nahm infolge der gründlichen Vorbereitung durch den Ortsausschuß einen glatten Verlauf. Es war ein glücklicher Gedanke des Landrats, Genossen Weg, diese Veranstaltung im Interesse der Jugend durchzuführen. Die Jungen und Mädchen drückten durch ihren regen Eifer bei den Einzel- und Mannschaftskämpfen. —

Schönebeck. Der Bürgerverein hielt seine zweite Versammlung im „Landhaus“ ab. Dieser Bürgerverein sollte sich besser Hausbesitzerverein nennen. Die heftige Debatte um die hohe Kanalsteuer der Stadt, die nach Sinnes Aufrechnung die Hausbesitzer zu stark belastet, möchte man entweder heruntergesetzt haben oder den Mietern in der Umlage aufhelfen, damit ja nicht der Hausbesitzer, der seinen Sachwert gerettet hat, zugrunde geht. Man möchte eben wieder so leben wie vor dem Krieg. Auch mußte wieder die sozialdemokratische Mehrheit vor dem 4. Mai herhalten, die schon an der Kanalsteuer ist. Wir erinnern uns noch sehr gut, daß bei der damaligen Not der Stadt auch die Bürgerlichen nicht dagegen waren und die Einnahmen für notwendig hielten. Wir sind ja überzeugt, daß im Magistrat sich jetzt eine Mehrheitsmehrheit findet, um das Defizit in der Stadtkasse noch zu vergrößern. Dann sprach man über die amtlichen Anzeigen in der „Volksstimme“. Stadtrat Schäfer erzählte, daß die frühere Mehrheit dies beschlossen habe. Frau Rosalie Bachhaus aus Felgeleben, eine frühere tätige Genossin, stellte als Arbeiterfrau den Antrag, nur in beiden bürgerlichen Zeitungen amtliche Bekanntmachungen zu bringen. Nach diesem Akt setzten sich der jetzige Stadtrat Köstling und Stadtrat a. D. Hirschfelder auseinander. Herr Hirschfelder wollte dem 200 Mark zahlen, der ihm nachweise, daß er früher Sozialdemokrat oder im Maurerverband Mitglied war. Auch Herr Karubach wollte sich bemerkbar machen. Wahrscheinlich bekommt Herr Karubach nicht genügend Arbeit, wenn in Grünewalde oder Felgeleben gebaut wird. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreiskonferenz in Uckerleben. Die Vertreter der Ortsgruppen des Reichsbanners der Kreise Kalbe und Uckerleben hatten sich am Sonntag zu einer Konferenz im Weichhornhaus zu Uckerleben zusammengefunden, um zu einigen Zeitfragen Stellung zu nehmen. Zur Beratung standen: 1. Stellungnahme zur Abhaltung gemeinsamer Bannerweihen. 2. Bericht über die wichtigsten Tagesfragen. Referent: Mitglied des Gauvorstandes. 3. Ergänzungswahlen zur Kreisleitung. 4. Wahl des nächsten Tagungsortes. Vertreten waren die Ortsgruppen Uckerleben, Biere, Staßfurt-Leopoldsdorf, Schönebeck, Barby, Brinbuh, Glöthe, Kalbe, Men, Liederburg und Worne. Greiner (Uckerleben) begründete die vom Gau und Bund gewünschte Zusammenlegung mehrerer Bannerweihen an einem Ort. In der Aussprache tritt aber in Erwägung, daß fast alle Vertreter der Auffassung sind, daß durch Arrangements gemeinsamer Bannerweihen das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht wird. Besonders Adam (Staßfurt) betont, daß durch gemeinsame Bannerweihen der agitatorische Gedanke für die Republik und deren Schutztruppe abgeschwächt wird. Das Reichsbanner ist zu einer Volksbewegung geworden und diese Bewegung weiter zu entfachen, muß unsere Aufgabe sein. Durch Massenaufgebot der Republikaner auch nach dem kleinsten Orte wird den dortigen Republikanern das Rückgrat gesteiht. Hierzu sei aber notwendig, daß eine planmäßige Regelung der Bannerweihen und sonstigen Arrangements durch die Kreis- respektive Gauleitung ausgearbeitet werden müsse. Es wird demgemäß beschlossen und einer Anregung des Kameraden Greiner zugestimmt, im nächsten Frühjahr einen republikanischen Tag für den Kreis abzuhalten.

Der Vertreter des Gauvorstandes nahm zum 2. Punkte der Tagesordnung das Wort. Trotz des rapiden, geradezu phänomenalen Anwachsens unserer Organisation darf deren innere Vertiefung nicht in den Hintergrund treten. Eine prompte Abführung der Beiträge sei für jede Organisation Lebensbedingung. Eine mißbräuchliche Inanspruchnahme unserer Einkaufszentrale kann bei zu starker Kreditnahme deren Existenz gefährden. Die Bundesfassung und unser Organisationsprogramm sollten stets beachtet werden. Mit dem für den 21. September vorgesehenen Antiführertag hat das Reichsbanner nichts zu tun, wünschenswert sei aber die rege Anteilnahme der Mitglieder. In den bevorstehenden Wintermonaten wollen wir die Zeit ausnutzen, um unsere Mitglieder in ihrer geistigen Regsamkeit die weitgehendste Entwicklung zu eröffnen, jedoch neben den mannigfaltigsten Bildungsabenden die Pflege kameradschaftlicher Geselligkeit nicht vernachlässigen. Allen Mitgliedern wird das Abonnement der Bundeszeitung dringend empfohlen, damit sie mit allen die Organisation berührenden Fragen vertraut sind. Die Aussprache bewegte sich im Sinne des Vortrags.

Zum Punkt Ergänzungswahlen zum Kreisvorstand bemerkte Kamerad Greiner, daß mit dem ungeunden, nicht arbeitsfähigen Prohibitorium der Kreisleitung, die allein durch seine Person vertreten wird, der Sache nicht gedient sei. Eine Ergänzung um zwei Weisiger sei notwendig, die seien aus praktischen Gründen von der Ortsgruppe Uckerleben zu bestellen. Adam (Staßfurt) wünscht und bringt damit die Auffassung aller Vertreter aus dem Kreise Kalbe zum Ausdruck, daß eine Revision des auf der letzten Kreisversammlung in Staßfurt gefaßten Beschlusses betreffs des Sitzes der Kreisleitung herbeigeführt werde. Eine Änderung ergebe sich aus der geographischen Abgeschnittenheit des jetzigen Kreisvorstandes und der dadurch bedingten negativen Arbeitsfähigkeit. Bornmann (Schönebeck) tritt dieser Auffassung bei. Nach kurzer Aussprache wird dem Vorschlag des Vertreters vom Gauvorstand zugestimmt, den bisherigen Zustand bis zur Gaukonferenz am 16. November bestehen zu lassen, um dort eine Neueinteilung der Organisationsgebiete vorzunehmen. Auf Vorschlag werden in die Kreisleitung die Kameraden Wörpel und Loß (Uckerleben), Bornmann (Schönebeck), Ehlers (Kalbe) und Adam (Staßfurt) gewählt. Als nächster Tagungsort wird Schönebeck bestimmt. —

Wellen. Vom herrlichsten Wetter begünstigt fand am Sonntag die Fahnenweihe der Ortsgruppe Wellen statt. Eine stattliche Anzahl Republikaner bewegte sich unter den Klängen einer Musikkapelle durch die reichgeschmückten Straßen des Ortes nach dem Festplatz. Der Arbeitergefangenen-Verein Uckerleben, Dirigent Lejter Schulze (Uckerleben), leitete die Feier mit dem gut vorgetragenen „Empor zum Licht“ ein. Kamerad Ottlewski begrüßte im Namen der Ortsgruppe die Erscheinenden. Namens der Kreisleitung sprach Kamerad Schrader einige Worte zur Begrüßung. Die Feiertrede hielt Kamerad Pape (Magdeburg). Die Fahnen senkten sich, als der Redner unsere Toten ehrte, und die Musik setzte ein mit „Ich hatt' einen Kameraden“. Die weiteren

Ausführungen des Redners klangen aus in einem Bekenntnis zur Republik, und ein begeistertes Hoch war der Schluß der Weihe. Die Sänger ließen noch „Lord Coleton“ erschallen und dann wurde in bester Ordnung der Umzug zu Ende geführt. Auch dieser Tag in Wellen hat gezeigt, daß im Süden des Kreises Uckerleben die Republikaner auf der Wacht sind. —

Samswegen. Den Kameraden vom Reichsbanner nochmals zur Mitteilung, daß die Fahnenweihe in Uckerleben am Sonntag den 14. September stattfindet. Es ist Pflicht der Kameraden, sich rege daran zu beteiligen, damit der vom Staßfurt verfeuchtete Geist gezeigt wird, daß wir Republikaner noch da sind. Abfahrt vom Kameraden Peter Meier Sonntag früh 8 Uhr. —

Neuhalsleben. Die nächste Reichsbanner-Versammlung findet am Mittwoch den 10. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Fehse statt. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, müssen alle Kameraden pünktlich zur Stelle sein. —

Neubitz bei Witten. Selbst im kleinsten Dorfe hat der Reichsbannergedanke festen Fuß gefaßt. Das bewies die am Sonntag abend einberufene Gründungsversammlung, in der Kamerad Karbaum (Magdeburg) das Referat hielt. In knappen Worten führte er das republikanische Gebot der Reichsverbände vor Augen, das unbedingt republikanische Abwehr erfordert. Nachdem sprach Kamerad Waldemar Schulz (Magdeburg) in der Diskussion anfeuernde Worte zu den Versammelten, sie zu regem Aktivismus aufzufordern. Mit einem Hoch auf die Republik schloß er seine Ausführungen. Eine größere Anzahl von Republikanern trat der neuen Ortsgruppe sofort bei. Weitere Anmeldungen nimmt entgegen Kamerad Stodhaus. —

Barby. Mittwoch den 10. September, abends 8 Uhr, im „Mautentanz“ Mitgliederversammlung wegen unserer Fahnenweihe. Außerdem Bericht von der Bezirkskonferenz Uckerleben.

Kleine Chronik.

Das Eisenbahnunglück auf dem Potsdamer Bahnhof. Das schwere Unglück beim Potsdamer Fernbahnhof, das sich am 14. Juni d. J. ereignete und sehr viele Schwerverletzte und eine Anzahl von Toten zur Folge hatte, fand vor Gericht seine Klärung. Als Angeklagter steht die Anklage den Bahndienstleitern, Eisenbahnsekretär Adolf Krüger, und den Lokomotivführern des Magdeburger Schnellzugs, Bruno Sauer aus Brandenburg, an, die der fahrlässigen Föhrung, der fahrlässigen Körperverletzung und der Transportgefährdung beschuldigt werden. Wie erinnert, erfolgte am 14. Juni auf dem Potsdamer Fernbahnhof ein Zusammenstoß zwischen dem Magdeburger Schnellzug 361 und dem aus Werder kommenden Vorortzug 4121a. Vier Wagen wurden hochgehoben und fingen zum Teile zu brennen an. Zwei Damen waren sofort tot, ein schwerverletzter Bankbeamter starb bald darauf, und schließlich starb noch ein vierter Verletzter, außerdem wurden 13 Personen schwer verletzt. Das Urteil lautet: Der Eisenbahnsekretär Krüger wird wegen fahrlässiger Föhrung, Körperverletzung im Amt und Transportgefährdung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Sauer wird freigesprochen. Das Gericht lehnte vorher den von der Verteidigung wiederholten Antrag ab, einen Professor der Technischen Hochschule als weiteren Sachverständigen zu laden. Oberregierungs- und Bauamt lagert kam zu dem Schluß, daß der Lokomotivführer Sauer seine Strecke nicht genügend beobachtet und so den Zug erst gesehen habe, als es zu spät war. Lokomotivführer Krüger nahm wohl selbst an, daß er schuldig sei, und es wäre zweckmäßiger gewesen, zu gestehen, daß er seine Pflicht verletzt habe. Er habe das Meldeverfahren nicht zur Anwendung gebracht und die Störung nicht gemeldet. Darin liege schon allein ein Verschulden. Zugubehalten sei, daß der Unfall sich vielleicht nicht ereignet hätte, wenn der Abbau nicht erfolgt und ein alter erfahrener Telegraphist auf dem Stellvert gewesen wäre. Bei Sauer handle es sich um einen Grenzfall, bei dem Sekunden in Frage kämen. Im Zweifelsfall sei zugunsten des Angeklagten zu urteilen, und darum beantrage er, den Angeklagten Sauer freizusprechen. Bei Krüger seien die schweren Folgen zu berücksichtigen, außerdem müsse man den Strafzweck in Betracht ziehen: die Eisenbahner sollten durch das Urteil an ihre Pflicht erinnert werden. Deshalb beantrage er gegen Krüger u e n Monate Gefängnis, stelle aber aufheim, ihm Bewährungsfrist zuzubilligen. Das Gericht kam dann zu dem oben wiedergegebenen Urteil. —

Der Fall Gaarmann. Durch die ärztliche Untersuchung Gaarmanns hat sich nach Meldungen aus Hannover, seit der Heberführung des Sexualmordes in die Provinzialheilanstalt nach Göttingen kein neues Moment ergeben. Der Psychiater, Geheimrat Schulze, hat noch kein abschließendes Urteil vorgelegt. Jedenfalls soll die Voruntersuchung mit Beschleunigung durchgeführt werden, so daß man wohl noch im November mit der Hauptverhandlung in Hannover beginnen kann. Bis jetzt steht lediglich fest, daß Gaarmann 17 Sexualmorde auf dem Gewissen hat. —

Ein Topf Milch als Todesursache. Die in der Berliner Straße 21 in Neukölln wohnhafte Frau Karow hatte Milch abgekocht und stellte den Topf mit der siedend heißen Milch auf den Tisch, um dann ihren Besorgungen nachzugehen. Die beiden Knaben, der 4jährige Rudolf Karow und sein um 1 Jahr älterer Bruder spielten in der Küche. Im Eifer des Spieles stießen sie gegen den Tisch, auf dem der Milchtopf stand. Der Topf fiel um und ergoß seinen glühend heißen Inhalt über den kleinen Rudolf. Mit sehr schweren Verbrennungen wurde das bedauernswerte Kind in das Krankenhaus geschafft. Dort ist der Kleine seinen Verletzungen erlegen. —

Der Totengräber als Leichenräuber. Ein Totengräber in Leitnang, der einer ihm zur Einlagerung anvertrauten Leiche das künstliche Gebiß entnommen und es verkauft hatte, wurde, wie uns gedrahlet wird, vom Gericht, das dieses Verbrechen als Unterschlagung bezeichnerte, zu einer Geldstrafe von nur 60 Mark verurteilt. —

Das Züterboger Minenunglück vor Gericht. Im besondern Gerichtsverfahren fand vor dem Amtsgericht Züterberg die Aburteilung der an der Minenexplosion im Züterboger Lager Schuldigen statt. Angeklagt waren die Interoffiziere Franz Krause und Walter Winkel vom Reichswehr-Infanterieregiment 5 in Greifswald. Ersterer wird Angehöriger in Lateinzeit mit unvorsichtiger Behandlung von Munition, wodurch der Tod zweier Menschen herbeigeführt wurde, vorgeworfen. Winkel ist wegen Angehöriger angeklagt. Die Verhandlung ergab folgenden Tatbestand: Am Freitag mittag fand der Angeklagte Krause bei der Heberführung im Längerberg zwei Minen, die er für Gergierminen hielt. Er zeigte die Geschosse dem Kompanieführer, der antwortet: „Sei, lassen Sie die Finger von den Blindgängern!“ Trotz des Befehls, die Geschosse an leicht sichtbarer Stelle niederzulegen, gab Krause dem Winkel die eine Mine, und dieser verstaute sie in einem Schießsack. Die andre Mine steckte Krause einem Rekruten in den Tornister. Am Abend legten die Angeklagten die Geschosse in der Parade unter ihr Bett und gingen zum Schoppen. Die Schlüssel zur Minenprüfung über-

gab Krause sorglos den Rekruten. Diese überließen die Geschosse auf, und warfen es „zum Spaß“ auf den Korridor der Parade. Was dann folgte, war furchtbar. Getötet wurden die Schützen Hansen und Mündow. Vier Mann wurden sehr schwer, zwei leicht verletzt. Die Verstümmelungen waren entsetzlich. Nach langer Verhandlung wurde der Angeklagte Krause zu 1 Jahr Gefängnis, Degradation und Dienstentlassung verurteilt. Winkel kam mit 14 Tagen Mittelarrest davon. —

Der brennende See. Bei einer Filmaufnahme der Eichberg-Filmgesellschaft für den neuen Film „Die Motorbraut“ ereignete sich auf dem Tegeler See ein schwerer Unglücksfall. Für eine Filmaufnahme wurden 200 Liter Benzin in das Wasser geschüttet und angezündet. Das Motorboot Hansa I, das bei einem der letzten Rennen preisgekrönt wurde, sollte mit dem Operateur Heinrich Gärtner durch das brennende Wasser fahren. Durch ein Versagen des Motors konnte das Boot nicht schnell genug durch das Flammenmeer gelangen und geriet in Brand. Der Operateur erlitt schwere Brandwunden an Gesicht und Händen. Er wurde zum nächsten Arzte gefahren, der feststellte, daß beide Hände fast völlig verbrannt waren. —

Das Lieb vom braven Manne. Der Telegraph hat über das schwere Autounglück bei Heino in Holland berichtet, bei dem sechs Menschen ums Leben kamen; er hat nichts von dem Manne berichtet, der ebenso viele Menschenleben rettete und seinen eignen Sohn nicht retten konnte. Auf die Frage eines Lokalblattes erzählte er: „Gleich hinter Heino entstand ein Defekt am Motor, der Autobus blieb stehen, und sogleich schlug eine Flamme aus dem Motor. Ich sprang aus dem Wagen, der eine Tür an der Seite beim Führer, eine rückwärts hat. Der Venter schlug eine Scheibe in Stücke und kletterte so aus dem Wagen. Die rückwärtige Tür ließ sich nicht öffnen. Ich ging schnell nach rückwärts und zog die Passagiere herab. So habe ich, wie ich glaube, sechs Passagiere gerettet. Mein Sohn war nicht darunter. Ich habe ihn auch nicht wiedergefunden. Alle Passagiere drängten im Wagen nach rückwärts durch die Flammen hin. Schließlich schlug mir eine Flamme entgegen, wodurch ich zurückweichen mußte. Da sah ich noch ein Mann, der aus der Tür ging. Den habe ich noch retten können. Ich legte ihn in den Wassergraben neben dem Weg, wodurch seine brennenden Kleider erloschen; ich höre aber, daß auch er gestorben ist.“ Schlichter, einfacher kann das furchtbare Erlebnis wohl nicht berichtet werden. —

Das Ende des Mörderb. Mitte August ermordete der Schnitter Paul Buczowski auf dem Hofe Dählsen in der Nähe von Hemer den Vater seines Dienstherrn und einen Herdsknecht und verwundete die Hausknechtin schwer. Seine Opfer trug er in die Scheune und verstaute sie hier. Danach raubte er in dem Hause bares Geld und andre Wertgegenstände und verschwand damit. Jetzt fand man ihn in der Nähe des Hofes Dählsen an einem Baum erhängt auf. Er hat sich selbst gerichtet. —

Miserebetrum am österreichischen Staate. Die Behörden sind einem raffinierten Banknotenschwindler auf die Spur gekommen, der den Staat um viele Milliarden geschädigt hat. Nach dem Frießen von Saint-Germain nämlich sind die ehemaligen Staatsschulden der Monarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt worden, und jeder Staat hat sein Kontingent von Gold- und Wobententent gestempelt, weil er sie einlösen muß. Oesterreich hat sein Kontingent nicht erreicht und muß nun die fehlenden Stücke an dem Stichtage aus dem Auslande einlösen. Sie notieren aber im Auslande höher als in Oesterreich, und diese Differenz haben die Schwindler benutzt. Sie haben von solchen Notizen, die in Oesterreich in Umlauf sind, den Stempel mit chemischen Mitteln entfernt und die Notizen über die Grenze geschmuggelt. Etwa 15 Personen sind an dem Geschäft beteiligt, das sie 1 1/2 Jahre betrieben haben. —

Ein italienischer Flieger tödlich verunglückt. Der italienische Flieger Kapitän Luigi Mainardi veranfaßte auf dem Flugplatz in Figa vor einem zahlreichen Publikum Schausflüge. Bei der Ausführung einer Looschleife stürzte das Flugzeug plötzlich aus 300 Metern ab. Der Apparat war gänzlich zertrümmert. Der Körper des verunglückten Fliegers wurde unter den Trümmern hervorgezogen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. —

Großer Orkan in Rumänien. Einer Meldung der „A3 Est“ aus Bukarest zufolge wütete im östlichen Teile von Rumänien ein außerordentlich harter Orkan, der viel Schaden anrichtete. In der Stadt Mursatkar wurden mehr als 100 Häuser zerstört, 40 Menschen sind ums Leben gekommen. —

Volksport.

Fußball.

Germania Burg I gegen Wacker Felgeleben I (4:0:3:0). Die Mannschaften fanden sich im Serienspiel auf dem Germania-Sportplatz gegenüber, gelagten aber ein unter Durchschmitt stehendes Spiel. Wacker war den Germanen nicht so ganz unterlegen, wie es dem Resultat nach scheinen möchte. Die Mannschaft kämpfte mit Wech, hat aber auch keinen Vorstoß im Sturm. Die Halbzeit führte Germania schon mit drei Toren Vorsprung um in der zweiten Hälfte das Resultat noch auf 4 zu erhöhen. —

Sportfreunde Stendal I gegen F. T. Wittenberge II (10:1:4:1). Ehen 5:2. Die Mannschaften trafen sich am Sonntag zu einem Verbandsspiel dem Unparteilichen Wöhne (Bardleben). Stendal in häßlicher Aufstellung, Wittenberge leider nur mit neun Mann. Vom Anstoß Wittenberges an entwickelte sich ein heftiger scharfer Kampf. Schon in der 11. Minute erzielte Stendal den ersten Treffer. Ungefähr 20 Minuten später kann Wittenberge das erste und letzte Tor einfinden.

Nach Halbzeit trat Wittenberge ein laßches Spiel. Beide Mannschaften müßten sich das Reden während des Spieles abgetöhen. Der Schiedsrichter war einwandfrei. —

Wettkampf Schönebeck I gegen Burger Ballspielclub I (2:2:2:1). Ein scharfer, interessanter Kampf wurde den zahlreichen Zuschauern auf dem Sportplatz der Kaserne vorgeführt. Stets ging der Ball auf und ab, keine Partei stand der andern nach. Wettkampf führte bei Halbzeit mit 2:1. Das zweite Tor vom B. S. C. war ein Selbsttor. Die Burger zogen erst in der zweiten Hälfte gleich, ganz kurz vor Schluß verkehrte der Sturm den Weg; ein Ball 2 Meter vom Tor, wurde dem Torwart in die Hand geschossen. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Die Reinigung des Hutes ist für jedermann ein dringendes Gebot. Wir raten Ihnen, 30 Gramm Herber-Kerne in Ihrer Apotheke zu kaufen und nach Bedarf 1 bis 2 Stück zu nehmen. Sicher Hof-Apothek, Breiter Weg 158.

Mein Bücherbrett.



Ihre laufende Lektüre.

Junge Gemetade Blatt 36. — Gute Gesundheit Nr. 9. — Der neue Restar Blatt 12. — Zeiten und Witter Nr. 12. — Das Tagebuch Nr. 36. — Die Literatur Blatt 12. — Der deutsche Roman Nr. 36. — Die Welt des Kaufmanns Nr. 12. — Geopolitik Nr. 3. — Jugend Nr. 29. — Neue Wachen Blatt 9. — Gewerkschafts-Wochenblatt Blatt 6. — Die Zeit Blatt 6. — Simplicitas Nr. 23. — Die Gefährliche Nr. 6. — Mittel und Wege der Gesundheit Blatt 24. — Westermanns Monatshefte (Septemberheft). — Die Weltwoche Nr. 36. — Sozialistische Jugend-Internationale Nr. 9. — Arbeiter-Kalender Nr. 20/21. — Monatliche Monatshefte Nr. 9. — Aufklärung Nr. 3. — Deutsche Wobenszeitung Nr. 25. — Bayerns Monatshefte (Herbst und Winter 1924/25).

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungs- Aktien- Gesellschaft

Geschäftsstelle:

Magdeburg, Rogäher Str. 32

Wer seine sauer erworbenen Großden dem Kapitalisten zuführt, stürtt deren Macht und verflüchtigt sich an seinen eignen Interessen.

Wer aber am Ausban des großen sozialen Wertes mitwirkt, fördert sein eigen Wohl und das seiner Kinder.

Beeilen Sie sich!

Mittwoch

Donnerstag

Freitag sind

Die letzten

3

unserer

Tage

Volks-Versorgungs-Verkaufs!

Wir bringen in allen Abteilungen

ganz besonders vorteilhafte Schlager zu Einheitspreisen

und empfehlen wir Ihnen, diese günstige Einkaufsgelegenheit unbedingt wahrzunehmen.

- Wäscheständer 4 Meter . . . 48
Ledergürtel geflochten . . . 48
Herren-Socken Fior. bunt . . . 48
Damen-Strümpfe Fior. schwarz 48
Goldsteinband 4 Stück . . . 48
Wäscheknäpfe 6 Dtzd. sortiert 48
Zwist alle Farben 6 Stück . . . 48
Haarneke 8 Stück . . . 48
Stechnadeln 6 Briefe à 200 Stück 48
Große Haarpangen Stück . . . 48
Friseurkämme Stück . . . 48
Seifenpulver 4 Patete . . . 48
Sockenhalter Paar . . . 48
Reinanzwirn 10 Sterne . . . 48
2 Quadrate gezeichnet . . . 48
5 Duden bunte Wolle . . . 48

- Untertasse mit Stiderei . . . 95
Zephir für Oberhemden . Meter 95
Drehhandtücher . . . 95
Mitteltede gezeichnet . . . 95
Sofenträger Summi mit Leder 95
Sporttragen weiß. Pilsce 3 Stück 95
Sporterbiteurs . . . 95
gestreift und einfarbig
Schweißjacken grau, mode . . 95
Damen-Schlupfhojen . . . 95
Blaudruck für Hauskleider . . 95
Schlosserbarchend . . . Meter 95
Butterbrotpapier 5 Rollen . . 95
Blumenseife „Cibajala“ 7 Stück 95
Damen-Strümpfe prima Baumwolle, verfertigt. 95
6 Taschentücher gezeichnet . . 95

- 5 Meter Küchenante gezeichnet 95
1 Kaffeemühle gezeichnet . . . 95
1 Untertasse gezeichnet . . . 95

Gardinen = Abteilg.

- Halbtoures neue schöne Must. 3.75 3.95
Scheiben-Gardinen Paar 1.35 95
Etamine 150 cm breit, Meter 1.75 1.45
Gardinen Meterm. Mtr. 1.75 1.25 80
Steppdecken Stück 24.50
Kaffeebeden Stück 2.85

Damen-Konfektion

- bringen wir letzte Neuheiten in
Badisch-u. Dam.-Mant. von 9.75 an
Seidentrifot-Kleider von 14.50 an
Cheviot-Kleider . . . von 8.75 an
Cheviot-Röde . . . von 3.95 an
Seidentrifot-Jumper von 6.75 an

- Selbstbinder moderne Streifen . 1.45
Herren-Socken Mato, feinfarbig gestreift . . 1.45
Sofenträger Gurt und Gummi . 1.45
Kinder-Unteranzüge 80 cm . 1.45
Herren-Taschentücher weiß 6 Stück 1.45
Schürzenjatin bunt 1.45
Damen-Hemden mit Stiderei u. schm. Trägern 1.45
Damen-Beinkleider geschlossen, mit Sobisaum . . 1.45
Wiener Schürzen bunt. 1.45
Mädchen-Schürzen gestreift oder bunt, 55 cm . . 1.45
Damen-Strümpfe Seidenflor. sch. u. farb. 1.45
Damen-Strümpfe Kunstseide. sch. u. farb. 1.45
Unterrod-Stiderei Meter . . . 1.45
Belour für Hauskleider. 1.45

- Schürzenstoffe 120 cm breit . . 1.95
Damenstrümpfe verfertigt, reine Wolle, gewebt 1.95
Damenstrümpfe Ja. Geldengriff, verfertigt 1.95
Damen-Schlupfhojen Ja. Fior. getaucht, einfarbig 1.95
Damen-Beinkleider gezeichnet, mit Stiderei 1.95
Wiener Schürzen weite Form, gestreift 1.95
Linnon 130 cm breit 1.95
Frottier-Handtücher schwere Qualität 1.95
Handarbeitsnähe verschiedene Muster 1.95
2 Rissen-Eden u. 2 Streifen 1.95
Kinder-Röckchen mit Hermeim, gestreift 1.95
Selbstbinder in Gelbe 1.95
Gerstenorn-Handtücher rein Leinen, gel. u. geb. 1.95
Sofenträger prima Summi, Gurt mit Gummibinden 1.95

Ein großer Herren-Polster Normalhemden 2.65

Ein großer Herren-Polster Normalhosen 2.25

Ein großer Herren-Polster Einfahhemden 2.25

Ein großer Herren-Polster Garnituren 5.95

- 2 Weingläser Maßgröße . . . 48
1 Schrubber gute Mischung . . 48
5 Aluminium-Glühföhl . . . 48
1 Butterglode 48
1 Kaffee- u. Zuderbüchse bel. 48
2 Porzell.-Obertassen mit Goldr. 48

- 4 Paar Zaffen blauwand . . . 95
1 Einkaufsnetz schwarz . . . 95
3 Schuß Wäschekammern 95
1 Einmachtopf 5 Liter Inhalt . 95
1 Emaille-Nachtgeschirr 20cm 95
1 Holztablett mit Metallgriffen 95

Ein Posten Seidentrifot-Damen- und -Kindertleider nur neuste Formen, für ca. die Hälfte des regulären Wertes

- 1 Porz.-Kaffeesehbice 5 teilig bel. 1.45
1 Emaille-Schüssel dekoriert 34 cm . 1.45
1 Em.-Waschbeden mit Raff. 1.45
1 Rasierbesein 34 cm 1.45
6 Bierbeder mit Mattband . . . 1.45
2 Paar Solling. Tischbestede 1.45

- 4 Weinrömer mit Mattband . . 1.95
1 Kaffeemühle mit verstellbar. Mahlwel. 1.95
1 Kaffeekanne für 6 Personen, indischblau 1.95
1 Satz 5 St. Kompottschüssel 1.95
1 Rasierbesein m. poliert. Sohl 1.95
1 gr. Holztablett mit Einlage . 1.95

- Alumin.-Schmortopf 3.95 26 cm. mit Deckel
190d. braune Milchtopfe 48 6 Stück sortiert

R. Wittkowski

Greiteweg 61

Pelzjacken die große Mode nur 4.90. Herren-Sportpelze, Glühföhl, Fächer, Rollaby-Strag nur 4.90. Fuchsin-Kragen nur 2.25. Pelzhüte (Elektrik) nur 1.15. Schmutz, Altis, austral. u. amerik. Opoffman, Wölfe in Schals u. Kragen, billig. Pelz-Sternau Alter Markt 32, über Leepfer.

Wochentags täglich nach Hohentwarthe nach Niegripp Otto Krietsch Werftstr. 34 Telefon 321

Bezirksverband Magdeburg des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands. Im Einvernehmen mit dem städtischen Alter- und Kleingartenamt soll für 1924 die Zahl der Kleingartenbewerber neu festgelegt werden.

Stadt Loburg Heute Mittwoch Großes Abschieds-Kinderfest mit anschließendem Ball für die Eltern. Leitung: Willi Strauch.

Die Gesellschaft INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding AUS DEM INHALT: Prof. Dr. Gustav Mayer: Rodrigues und Lessalle / Prof. Dr. A. Mandelssohn-Burkhardt: Achtung des Angewandten / Karl Kautsky: Johann Most / Prof. Dr. Fritz Haber: Eine akademische Festschrift / Stadtkom. Dr. Anna Siemssen: Beruf und Erziehung M. 120 des Heft

Städtische Theater Stadt-Theater Mittwoch, 10. September 1. Abend: Die Walfürer

Arkadia im Fürstent. täglich 5 Uhr. Vorträge. Erfolg des glänzenden Varieté-Spielplans! Nur Kritik! 1. Rang!

So hat Magdeburg noch nie gestaunt! Die Jagd um die Welt in 18 Tagen Es ist der größte Abenteuerfilm aller Zeiten. Sensation auf Sensation! Ab Freitag den 12. September.